

Un seul monde Un solo mondo Eine Welt



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

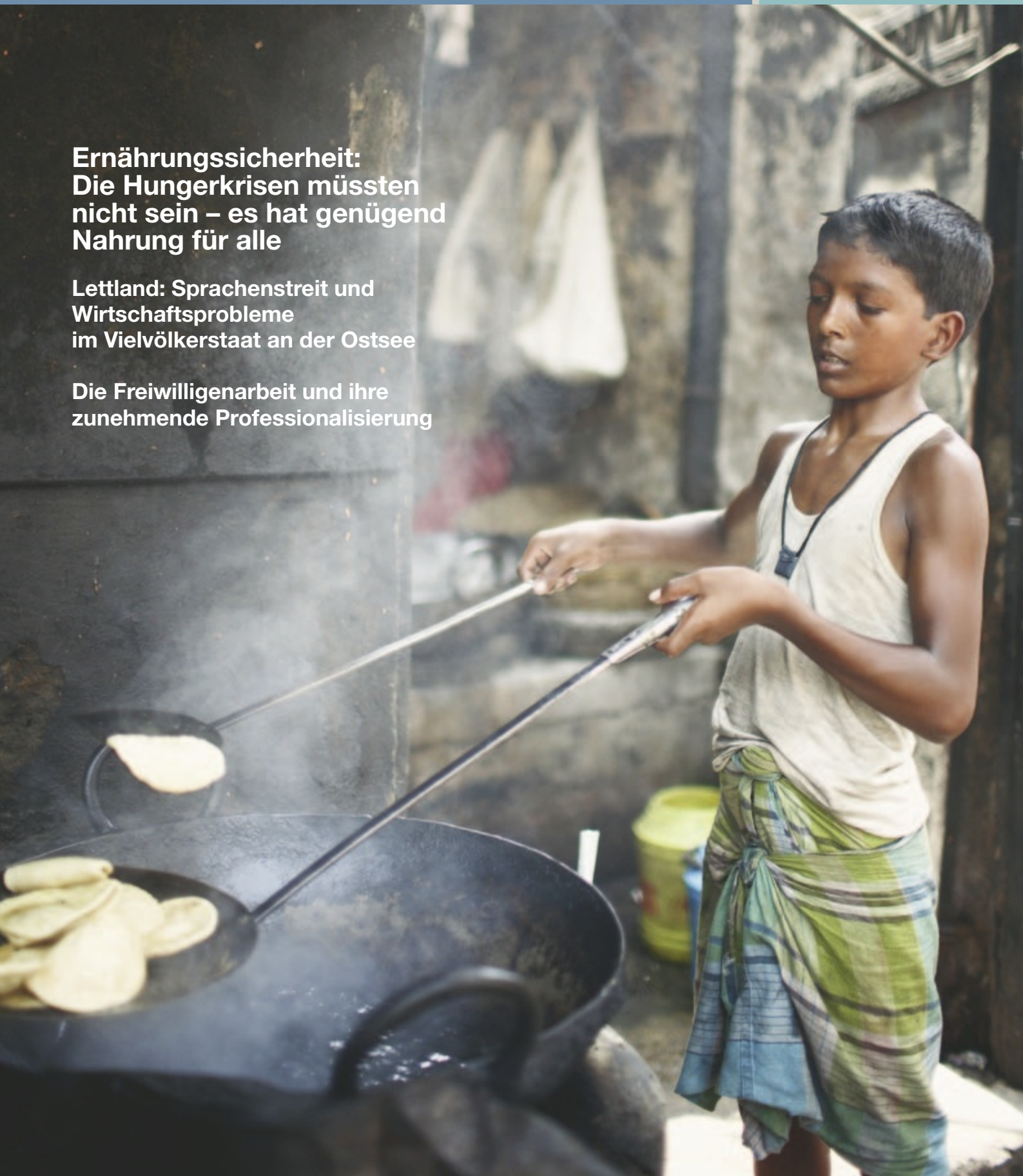
Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit DEZA

NR. 1 / MÄRZ 2009
DAS DEZA-MAGAZIN
FÜR ENTWICKLUNG
UND ZUSAMMENARBEIT
www.deza.admin.ch

**Ernährungssicherheit:
Die Hungerkrisen müssten
nicht sein – es hat genügend
Nahrung für alle**

**Lettland: Sprachenstreit und
Wirtschaftsprobleme
im Vielvölkerstaat an der Ostsee**

**Die Freiwilligenarbeit und ihre
zunehmende Professionalisierung**



DOSSIER



ERNÄHRUNGSSICHERHEIT

Nahrung für alle – oder wo ein Wille, gibt es Wege

Die aktuellen Hungerkrisen müssten nicht sein – sie sind die Folge von Fehlentwicklungen, die es zu korrigieren gilt

6

Es reicht für alle – aber nicht für alles

Hans Herren, stellvertretender Vorsitzender des Weltagrarrats, im Interview

12

Ausrichtung auf Ernährung hat höchste Priorität

Weil sich die Nahrungsmittelsituation gerade in Entwicklungsländern dramatisch verschlechtert hat, lancierte die Schweiz im Herbst 2008 ein «Globales Programm Ernährungssicherheit»

14

Inhalt

Vom Mikrokreditprojekt zur Geschäftsbank

In Albanien soll das mit Unterstützung der DEZA aufgebaute Spar- und Leihkassennetz ausgebaut und modernisiert werden

24

FORUM



Freiwillig aber professionell

Die Freiwilligenarbeit in Ländern des Südens wurde in den letzten Jahren zunehmend professionalisiert – davon profitieren vor allem die Menschen im Süden

26

Sterbendes Königreich

Der südafrikanische Schriftsteller Zakes Mda über die immense Bedeutung der Protea-Blume in seiner Heimat

29

HORIZONTE



Sprachverwirrung an der Ostsee

Der Vielvölkerstaat Lettland kämpft mit wirtschaftlichen Problemen und der Integration der russischen Minderheit

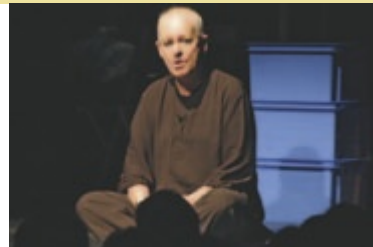
16

Mein kleines Wunderland

Zane Berlaui über die Frage, wer und wie die Letten sind

20

KULTUR



Ein Albtraum, in dem Sex die Hauptrolle spielt

Der Südafrikaner Pieter-Dirk Uys, Grand Old Man des internationalen Politikabaretts, im Interview

30

DEZA

Ein Versprechen zum richtigen Zeitpunkt

Martin Dahinden, Direktor der DEZA, über einen Grundsatzentscheid des Parlaments bezüglich Entwicklungshilfe

21

Grauenhafte Vergangenheit, schmerzhaft Gegenwart

Die Schweiz hilft Burundi auf verschiedenen Ebenen, Traumata zu überwinden

22

Editorial	3
Periskop	4
Einblick DEZA	25
Was eigentlich ist... Livelihood Approach	25
Service	33
Impressum	35

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), die Agentur der internationalen Zusammenarbeit im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), ist Herausgeberin von «Eine Welt». Die Zeitschrift ist aber keine offizielle Publikation im engeren Sinn; in ihr sollen auch andere Meinungen zu Wort kommen; deshalb geben nicht alle Beiträge unbedingt den Standpunkt der DEZA und der Bundesbehörden wieder.

«Keine Frage des Geldes, sondern des Willens»

Die globale Arbeitsteilung nimmt immer erstaunlichere Formen an: Neuerdings kaufen sich reiche Staaten und Schwellenländer in Entwicklungsländern die Rechte für Millionen von Hektaren Landwirtschaftsland, um dort Nahrungsmittel für ihren eigenen Bedarf herzustellen. So etwa lässt China in Madagaskar auf 1,3 Millionen Hektaren Land von der einheimischen Bevölkerung Reis für den chinesischen Markt anpflanzen. Vergangenen November schlossen Katar und Kuwait mit Kambodscha einen Vertrag ab, der den beiden arabischen Emiraten Millionen von Hektaren Agrarland überlässt, um deren künftige Ernährung sicherzustellen. Läuft die Entwicklung in diese Richtung weiter, ist es nur noch ein kleiner Schritt bis beispielsweise Kamerun, welches China 10 000 Hektaren Landwirtschaftsland überlässt, seine Nahrungsmittel aus China rückimportieren muss.

Bereits heute sind von 148 Entwicklungsländern deren 105 Nettoimporteure von Nahrungsmitteln, obwohl viel landwirtschaftliches Potenzial vorhanden wäre, wie oben stehende Beispiele zeigen. Das heisst, eigentlich könnten die meisten Entwicklungsländer ihre Bevölkerung selber ernähren. Doch warum sollten sich die Landwirte in Ghana, Burkina Faso oder Sudan auf ihren Feldern abrackern, wenn sie ihre Produkte auf dem Markt nicht verkaufen können, da die Ware aus dem Ausland billiger ist? Agrarüberschüsse aus dem Norden, die mit staatlicher Unterstützung produziert werden und seit Jahren die Märkte des Südens überschwemmen, haben in vielen Entwicklungsländern zum Untergang der eigenen Landwirtschaft geführt.

Tatsache ist: Weltweit werden aktuell genügend Nah-

rungsmittel produziert, um die gesamte Weltbevölkerung von 6,7 Milliarden Menschen zu ernähren. Jacques Diouf, Generaldirektor der Welternährungsorganisation der UNO (FAO) sagt klipp und klar: «Den Hunger auszurotten, ist keine Frage des Geldes, sondern des Willens.» Dennoch haben noch nie so viele Menschen gehungert wie heute. Jährlich verhungern Millionen von Menschen, 860 Millionen leiden an Mangel- und Unterernährung, und die steigenden Preise der Grundnahrungsmittel führten dazu, dass sich die Hungerkrise nochmals verschärft hat und sich weitere 100 Millionen Arme keine tägliche Mahlzeit mehr leisten können. Ein Teufelskreis, denn Arme, deren tägliche Ernährung nicht gesichert ist, haben – im wahrsten Sinne des Wortes – nicht die Energie, etwas für die Verbesserung ihrer Situation zu leisten.

Die aktuelle Hungerkrise fördert alte und neue Gegensätze zutage, welche eine weltweite, nachhaltige Ernährungssicherung unabdingbar machen. Wie diese umgesetzt werden könnte, lesen Sie in unserem Dossier ab Seite 6.

Wie bereits Tradition, hat «Eine Welt» auch dieses Jahr einen Autor aus dem Süden eingeladen, unsere Carte blanche zu schreiben. Es freut uns, dass wir den südafrikanischen Schriftsteller Zakes Mda dafür begeistern konnten. Dass dieser international renommierte Romancier und Theaterautor weit über die südafrikanischen Grenzen hinaus denkt, wird bereits in seinem ersten Beitrag (Seite 29) klar.

Die Redaktion



Sven Torfmal

Armut macht blind

(bf) In Entwicklungsländern tragen die Menschen ein zehnmal höheres Risiko zu erblinden, als in Industrieländern. Weltweit gibt es rund 37 Millionen blinde und 124 Millionen sehbehinderte Menschen. 90 Prozent der Blinden jedoch leben in Entwicklungsländern, wo alle fünf Sekunden ein Mensch erblindet. Grund dafür ist vor allem die Armut und die damit einhergehende mangelnde medizinische Versorgung. Ein Augenarzt in Afrika ist statistisch gesehen für eine Million Menschen zuständig – in Mitteleuropa für rund 13 000 Menschen. Wer in einem Entwicklungsland erblindet, findet sich in einem Teufelskreis wieder: 90 Prozent der blinden Kinder bleibt der Schulbesuch verwehrt, 80 Prozent der blinden Erwachsenen sind aufgrund fehlender Ausbildungsmöglichkeiten ohne Arbeit. Dabei weisen Augenspezialisten darauf hin, dass mindestens drei Viertel aller Erblindungen weltweit vermeidbar wären, beruhen sie doch auf einem ernährungsbedingten Vitamin-A-Mangel, welcher durch entsprechende Ernährung oder kurzfristig durch Kapseln entschärft werden könnte.

Wem gehören Totenrituale?

(bf) Können Einzelpersonen oder Gruppen Eigentumsrechte an Traditionen besitzen? Wer darf religiöse Zeichen nutzen und vermarkten? Wem «gehören» Totenrituale? Mit solchen Fragen beschäftigt sich in den nächsten drei Jahren eine internationale Gruppe von Wissenschaftlern aus den Bereichen Kulturanthropologie, Ethnologie, Recht und Wirtschaft der deutschen Universität Göttingen. Dafür werden Fallstudien in Europa und Südostasien sowie Untersuchungen innerhalb der World Intellectual Property Organisation, der zuständigen Einrichtung der Vereinten Nationen, durchgeführt. Mikrostudien werden unter anderem über die Totenrituale des Volkes der



Kurt Henseler/taif

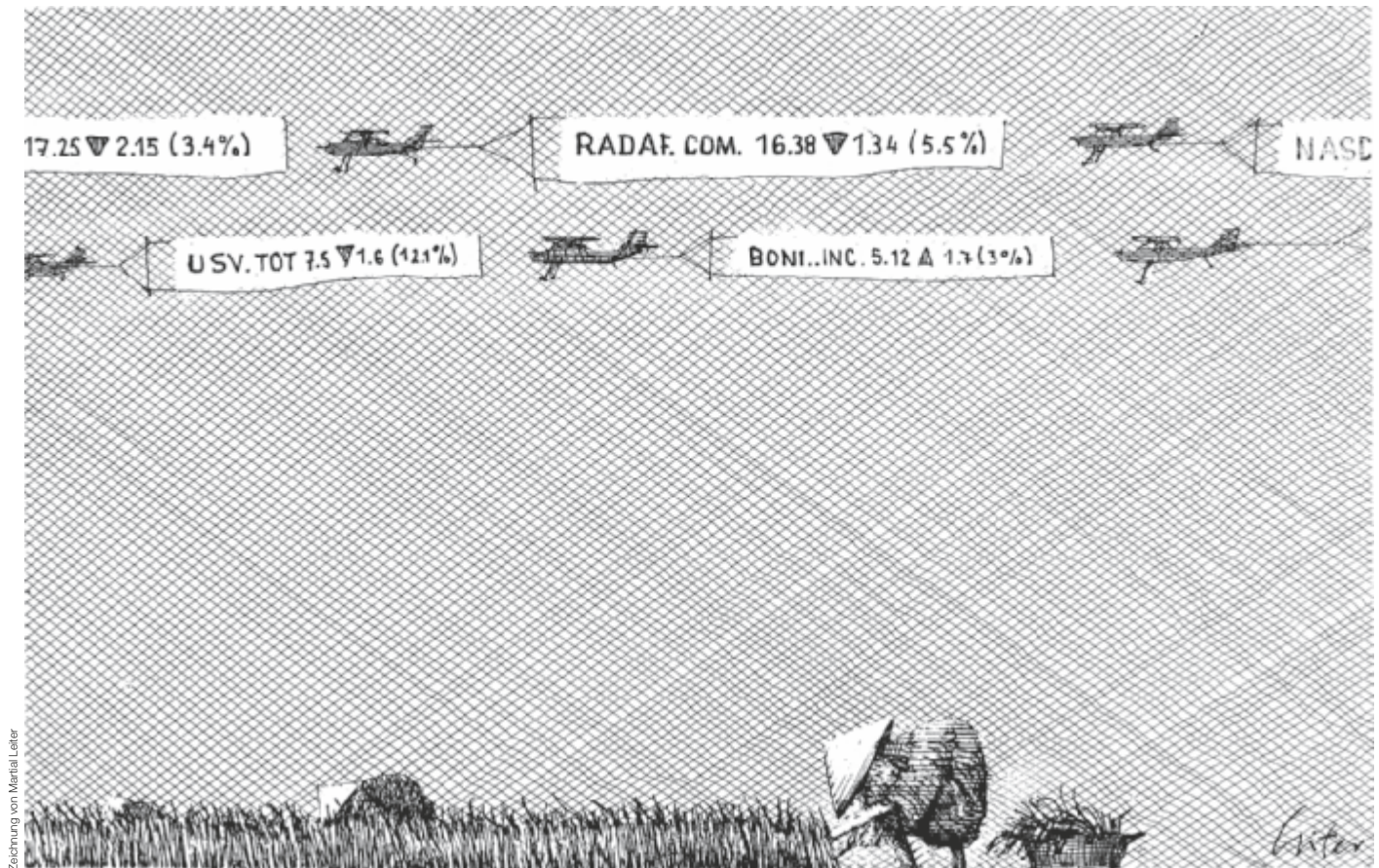
Toraja in Sulawesi sowie die Konstituierung der Tempelanlage von Angkor Wat in Kambodscha als Weltkulturerbe erstellt. Die Resultate dürften insbesondere auch Entwicklungsländer interessieren, besitzen sie doch besonders vielfältige und authentische Traditionen und Rituale und sind Entwicklungsländer vom Ausverkauf von sogenannten Kulturgütern im engeren und weiteren Sinn speziell betroffen.

Boomende Windenergie

(bf) Die Produzenten von Windenergie-Anlagen jubeln – der internationale Markt für Windenergie boomt. Besser noch: Weltweit stellt sich die Windenergie-Industrie für die kommenden Jahre auf jährliche Wachstumsraten von rund 20 Prozent ein. Eine Studie belegt, dass sich gemäss übervollen Auftragsbüchern die jährlichen Neuinstallationen bis zum Jahr 2017 auf 107 000 Megawatt vervielfachen werden. Am stärksten werden die Kapazitäten in den Entwicklungs- und Transitionsländern Südostasiens, in China und in den USA ausgebaut. Die steigende Nachfrage birgt auch für Entwicklungsländer eine riesige Chance. Nicht nur kommt deshalb der Preis für Windenergie-Anlagen weltweit unter Druck, auch, so die Studie, werde sich die Preisschere zwischen erneuerbaren und konventionellen Energien schneller schliessen als erwartet.

Sprech-Surfen

(gn) Bekanntlich kann das Internet gerade armen Menschen in abgelegenen Regionen Vorteile bringen. In Indien geht IBM nun mit der Entwicklung eines «Spoken Web» einen Schritt weiter – es basiert auf gesprochener Sprache statt auf Schrift und Bild. «Während



Zeichnung von Martial Leber

Kunstflug

beispielsweise lokale Bauern oft nicht in der Lage sind, eine E-Mail oder ein Memo über ihre Arbeit zu schreiben, fällt es ihnen leicht, darüber zu sprechen», sagt Tapan Parikh von der Universität of California in Berkeley, der am Projekt mitarbeitet. Das «gesprochene Netz» besteht, wie das Internet, aus Webseiten, die per Telefon abgerufen, abgehört und mündlich gestaltet werden können. Dieses könnte, weil Mobiltelefone bereits heute weit verbreitet sind, für arme Nutzerinnen und Nutzer im Süden, die sich keinen Computer leisten und oft weder lesen noch schreiben können, sehr viel bringen, schätzt Parikh. «Konventionelle Ansätze waren darauf aus, das bestehende Internet auf's Mobiltelefon zu bringen – hier haben wir aber

die Möglichkeit, ein völlig neues Web zu gestalten.»

Besetzte Palmöl-Plantagen

(bf) Die Produktion von Palmöl zur Nutzung als Treibstoff gerät immer mehr unter Druck der lokalen Bevölkerung. Bereits sind, beispielsweise in Kamerun, Palmöl-Plantagen aus Protest von ihr besetzt worden. Dies deshalb, weil dort Palmöl als Speiseöl nicht mehr erhältlich ist, da die internationale Nachfrage nach Agrotreibstoffen die Preise massiv in die Höhe treiben. In Malaysia und Indonesien, welche mit zusammen 130 000 Hektaren Palmöl-Plantagen weltweit zu den grössten Produzenten gehören, hat zudem eine internationale Forschergruppe die Folgen für die Artenvielfalt untersucht. Schliesslich handelt

es sich bei der nun landwirtschaftlich genutzten Fläche um ehemaligen tropischen Regenwald, der zu den artenreichsten Lebensräumen der Welt zählt. Die nun veröffentlichte Studie zeigt, dass auf den Plantagen durchschnittlich weniger als ein Sechstel

der Tierarten überleben, die aus primären Regenwäldern bekannt sind – selbst forstwirtschaftlich genutzte Wälder oder Plantagenkulturen wie Kakao, Gummibaum oder Kaffee sind artenreicher.



The New York Times/Redux/afp



Unter anderem auch in Äthiopien (oben) führten 2007 steigende Nahrungsmittelpreise zu Protesten der Bevölkerung – in anderen Regionen wie im Sudan (unten) drohen durch Dürre und Krieg zusätzlich akute Hungerkrisen



Nahrung für alle – oder wo ein Wille, gibt es Wege

Auf der Erde wird heute Nahrung im Überfluss produziert. Trotzdem verhungern jährlich Millionen von Menschen und über 860 Millionen leiden an Mangel- oder Unterernährung. Als Folge der stark angestiegenen Preise können sich weitere 100 Millionen Arme ihr täglich Brot nicht mehr leisten. Hungerkrisen müssten nicht sein – sie sind die Folge von Fehlentwicklungen, die es zu korrigieren gilt. Von Gabriela Neuhaus.

2007 kaufte das Welternährungsprogramm (WFP) acht Tonnen Mais von nachhaltig produzierenden Kleinbauern in Lesotho, um es vor Ort an die notleidende Bevölkerung zu verteilen. Bemerkenswert war dieser Handel, weil das WFP erstmals Nahrungsmittelhilfe für den von Erosion und Dürre geplagten Kleinstaat im Land selber beschaffte. Die acht Tonnen sind zwar nur ein Bruchteil von dem, was zur Dämpfung der Hungerkrise nach Lesotho importiert wurde, WFP-Direktorin Josette Sheeran sprach trotzdem von einer Win-win-Situation: Das WFP konnte dank dem lokalen Einkauf Geld sparen, gleichzeitig bedeuteten die 2800 US-Dollar, welche die UN-Organisation für den Mais bezahlte, ein wichtiges Einkommen für die Kleinbauern.

Lesotho machts vor

Lesotho gehört zu den ärmsten Ländern der Welt, gegen 70 Prozent der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze. Die schwierigen klimatischen Bedingungen, unangepasste Anbaumethoden und fehlende Infrastruktur sind Gründe, weshalb Hunger hier zum Alltag gehört. Bereits in den 1950er Jahren entwickelte James Jacob Machobane, ein einheimischer Bauernsohn, eine nachhaltige Landwirtschaftsmethode, die den Bauern auch ein Einkommen sichern sollte: Kernstück des Machobane-Systems ist der parallele Anbau von sieben verschiedenen Kulturpflanzen auf einem Feld, darunter Kartoffeln, Mais, Hirse und Bohnen.

Gedüngt wird mit Asche und Mist, geerntet rund ums Jahr. Anfänglich fand diese arbeitsintensive, auf eine kleinbäuerlich strukturierte Landwirtschaft ausgerichtete Methode, kaum Beachtung. Erst in den 1990er Jahren schaffte Machobane, mit Unterstützung verschiedener NGOs, darunter auch Helvetas, den Durchbruch: Die Praxis zeigte schnell, dass Bauern, die entsprechend ausgebildet wurden, nicht nur sich selber besser ernähren konnten, sondern auch Überschüsse für den Markt produzierten.

Heute arbeiten in Lesotho zahlreiche NGOs und Entwicklungsagenturen, mittlerweile auch mit Regierungsunterstützung, an der Verbreitung nachhaltiger, den Klima- und Umweltbedingungen Lesothos angepasster Landwirtschaftsmethoden und an der Verbesserung des Marktzugangs für die Bauern. Ein Ansatz mit Potenzial, wie er auch in vielen anderen Ländern und Entwicklungsprojekten praktiziert wird. Trotzdem ist die Welt meilenweit von einer Lösung des Hungerproblems entfernt – ganz im Gegenteil: Noch nie hungerten laut der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UNO (FAO) weltweit so viele Menschen, wie heute.

Die Nahrungsmittelkrise

Ein Schrei ging um die Welt, als ab Mitte 2007 die Preise für Grundnahrungsmittel wie Getreide, Reis, aber auch von Milch und Speiseöl immer höher stiegen. Es gab Demonstrationen, Aufstän-

Hunger und Entwicklung

Essen ist, was uns am Leben erhält – auch wenn Nahrung allein unser Leben nicht ausmacht. Fehlt sie, fehlt es an Energie, im wahrsten Sinne des Wortes. Die Folgen: Schmerz, Leid, Krankheit, Tod. Jeder siebte Mensch lebt heute ohne die Sicherheit, täglich ausreichend Nahrung zu erhalten. Doch wer Tag für Tag um genügend Essen für sich und seine Familie kämpfen muss, hat weder Zeit noch Energie für ein Engagement, das ihn aus dem Elend befreien könnte. Der Teufelskreis von Hunger und Armut ist nur schwer zu durchbrechen. Zu befürchten ist, dass mit der globalen Krise und der Verteuerung der Nahrungsmittel Ernährungssicherheit für immer mehr Menschen zu einer Utopie wird. Dies, obschon das Recht auf Ernährung in der UNO-Menschenrechtserklärung ausdrücklich deklariert ist: «Das Recht auf angemessene Nahrung ist dann verwirklicht, wenn jeder Mann, jede Frau und jedes Kind, einzeln oder gemeinsam mit anderen, jederzeit physisch und wirtschaftlich Zugang zu angemessener Nahrung oder Mitteln zu ihrer Beschaffung haben.» www.righttofood.org



Dietrich Telemann/Foto/Strates

Kostbarer Boden

Boden ist in vielerlei Hinsicht ein kostbares Gut – und eine Schlüssellesource für die Ernährungssicherung der Menschheit: Je mehr Menschen auf der Erde leben, desto weniger Quadratmeter stehen pro Kopf zur Verfügung. Die enormen Produktivitätssteigerungen in den letzten 30 Jahren erlauben zwar, auf knapper werdendem Agrarland grössere Erträge zu erzielen. Allerdings wurde und wird am Boden extremer Raubbau betrieben: Übernutzung und falsche Bewirtschaftung führten dazu, dass gemäss Schätzungen über 40 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Flächen soweit abgebaut und vergiftet sind, dass ihre längerfristige Produktivität in Frage gestellt ist. Diese Zerstörung aufhalten und die degradierten Böden wieder herstellen ist möglich, setzt aber sowohl Investitionen, wie Umdenken und Forschung voraus. Der Druck auf die knapper werdenden Agrarressourcen wächst zusätzlich durch die Klimaveränderung und den Anbau von Agroprodukten, die nicht der Nahrungsmittelproduktion dienen, wie Bioethanol oder Biodiesel.

de, in Haiti führte der Protest zum Sturz der Regierung. Parallel zu den hohen Nahrungsmittelpreisen drohten in verschiedenen Regionen des Südens zusätzlich akute Hungerkrisen infolge von Dürre, Wirbelstürmen oder Krieg. Die internationale Gemeinschaft reagierte, wie üblich in solchen Fällen, mit Notprogrammen und Nahrungsmittelhilfe. Eher ungewöhnlich war, dass angesichts der prekären Entwicklungsperspektiven in der Landwirtschaft grundsätzlich über die Problematik der künftigen Ernährungssicherung debattiert wurde.

Die Ernährungskrise, die im Sommer 2008 mit dem «Nahrungsgipfel» in Rom ihren vorläufigen politischen und medialen Höhepunkt erlebte, ist das Resultat einer langfristigen Entwicklung, die – sollen der Hunger verbannt und das Menschenrecht auf Nahrung für alle weltweit durchgesetzt werden – dringend korrigiert werden muss. Mit der grünen Revolution in den 1960er Jahren konnten die Produktion von Nahrungsmitteln in vielen Regionen enorm gesteigert, und das Hungerproblem vor allem in weiten Teilen Asiens, reduziert werden. Verbessertes Saatgut, die Verwendung von Kunstdünger und Pestiziden sowie die Mechanisierung des Anbaus führten zu einem Strukturwandel in der Landwirtschaft und zu bisher nie gekannten Ernteerträgen.

Die teilweise Industrialisierung der Agrarproduktion hatte zur Folge, dass weltweit die Preise für landwirtschaftliche Produkte sanken. Dies schien eine ideale Basis für eine forcierte Entwicklung zu sein, gerade auch in armen Ländern:

die Bereitstellung von billiger Nahrung für die Arbeiter war schon Ende des 18. Jahrhunderts ein wichtiger Pfeiler der industriellen Revolution.

Die Kehrseite der Medaille: Weil sich infolge des Preisdrucks in der traditionellen Landwirtschaft nichts mehr verdienen liess, wurde kaum mehr investiert. Leidtragende dieser Entwicklung sind die Bauern, vor allem die Kleinbauern im Süden, die auf keine staatliche Unterstützung zählen können. Dies führte zu einer Stagnation der Entwicklung auf dem Land, vielerorts zu weiterer Verarmung, neuem Hunger – und in der Folge zu massiver Landflucht.

Unfaire Konkurrenz

Doch jeder monokausale Erklärungsversuch für das Hungerproblem greift zu kurz. Ernährungssicherung, das zeigt die gegenwärtige Krise deutlich, erfordert ganzheitliche Ansätze und ein Umdenken auf verschiedenen Ebenen. Gerade Massnahmen wie die Lieferung von Nahrungsmitteln in Not leidende Regionen, haben in den letzten Jahrzehnten nicht nur Leben gerettet, sondern auch viel Schaden angerichtet.

James Jacob Machobane, der visionäre Landwirtschaftsreformer aus Lesotho, pflegte seine Bauern zu warnen: «Was tut ein Mann, der Nahrungsmittelhilfe erhalten hat? Er geht hin und steht wieder an, für eine Handvoll Waren. Er verliert seine Würde – und wird von seiner Frau verlassen. Deshalb geht und sucht nach Arbeit, um Nahrung zu finden!» Wer aber rackert sich auf seinem Feld ab, wenn Nahrung gratis zu haben ist, oder wenn



Beentjes/Hollandse Hoogte/afp

er seine Produkte auf dem Markt nicht mehr verkaufen kann, weil die Ware aus dem Ausland billiger ist?

Agrarüberschüsse aus dem Norden, die mit staatlicher Unterstützung produziert werden, überschwemmen seit Jahren die Märkte des Südens. So führte z.B. der Import von subventioniertem Weizen und Reis aus den USA und Europa dazu, dass viele traditionelle Getreidesorten in Afrika nicht mehr angebaut wurden. In Ghana kam die einheimische Pouletproduktion fast gänzlich zum Erliegen, weil tief gefrorenes Hühnerfleisch aus der EU viel billiger zu haben war.

Die Abhängigkeit von internationalen Märkten für die Grundversorgung der Bevölkerung ist einer der Gründe, weshalb die hohen Börsenpreise für Getreide die Ärmsten im Süden so direkt und hart trafen. 105 von 148 Entwicklungsländern sind heute Nettoimporteure von Nahrungsmitteln, obschon gerade in diesen Ländern viel landwirtschaftliches Potenzial vorhanden wäre. Wenn dieses künftig für eine nachhaltige Ernährungssicherung zur Verfügung stehen soll, darin sind sich Entwicklungsexperten einig, müssen die reichen Länder des Nordens damit aufhören, ihre Landwirtschaft auf Kosten der Ärmsten zu subventionieren.

Wachsende Nachfrage

Aktuell könnte die Landwirtschaft die gesamte Weltbevölkerung von 6,7 Milliarden Menschen ernähren. Hunger ist heute, nicht zuletzt dank der hohen Produktivität in der industrialisierten

Agrarwirtschaft, in erster Linie ein Verteilungs- und Armutsproblem. Doch das könnte sich bald ändern: Einerseits, weil die Nachfrage infolge des ungebrochenen Bevölkerungswachstums weiter zunehmen wird, vor allem aber, weil in Ländern wie China oder Indien viele Menschen den Sprung über die Armutsgrenze schaffen.

Wo der Hunger abnimmt, werden mehr Nahrungsmittel nachgefragt. Wer es sich leisten kann, wird zudem, so die Prognosen aufgrund der Erfahrungen in den Industrieländern des Nordens, vermehrt Fleisch konsumieren. Laut dem Weltentwicklungsbericht 2008 müsste deshalb, um die künftigen Bedürfnisse befriedigen zu können, die Getreideproduktion bis ins Jahr 2030 weltweit um 50 Prozent gesteigert werden, beim Fleisch rechnet man mit einer Zunahme von 85 Prozent.

Nach wie vor umstrittene Agrotreibstoffe

Die Menschheit lebt aber bereits heute über ihre Verhältnisse: Wir verbrauchen Jahr für Jahr wesentlich mehr Ressourcen, als die Erde in der gleichen Zeit regenerieren kann. Die Folgen: Überfischte Meere, erodierende und vergiftete Böden, Wassermangel, dramatische Biodiversitätsverluste und das Versiegen der fossilen Energiequellen. Dazu kommt der Klimawandel, der sich künftig ebenfalls negativ auf die Welt-Agrarproduktion auswirken dürfte. Die Ernährungssicherung wird in Zukunft, soviel steht fest, mit wesentlich schwierigeren Rahmenbedingungen zu kämpfen haben, als bisher.

Eine zusätzliche Dimension erhält der wachsende

Subventionierte Agrarüberschüsse aus dem Norden überschwemmen die Märkte vieler Entwicklungsländer und führen dort unter anderem dazu, dass lokale Produkte auf dem Markt nicht mehr verkauft werden können und viele traditionelle Getreidesorten nicht mehr angebaut werden



Paul Harrison/Still Pictures



The NewYorkTimes/Redux/af



Steve Werner/af



Jorgen Schytte/Still Pictures

Druck auf die schwindenden Ressourcen durch die Nutzung von landwirtschaftlichen Produkten wie Zuckerrohr, Getreide oder Soja zur Herstellung von Agrotreibstoffen. Zwar steht aufgrund zahlreicher Studien fest, dass der Energiegewinn mit den aktuellen Produktionsmethoden äusserst gering ist; bei der Herstellung von Ethanol aus Mais oder Raps wurden sogar negative Bilanzen errechnet. Trotzdem werden weiterhin Milliarden in die Entwicklung von Energieträgern, die auf Feldern wachsen und somit in direkter Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion stehen, investiert.

Umstritten ist, wie weit Spekulationen in Zusammenhang mit der Produktion von Agrotreibstoffen bereits im vergangenen Jahr weltweit die Preise für Getreide an den Rohwarenbörsen in die Höhe getrieben haben. Fest steht aber, dass die Nachfrage nach Landwirtschaftsprodukten für die Energiegewinnung ohne globale Regulierungen eine künftige Ernährungssicherung ernsthaft gefährdet.

Dies gilt auch für Agrotreibstoffe der sogenannten zweiten Generation, an welchen internationale Energie-, Agro- und Autokonzerne gemeinsam forschen. So schloss etwa der amerikanische Agrokonzern Archer Daniels Midland mit Daimler sowie mit dem Saatgut- und Chemiekonzern Bayer einen Kooperationsvertrag für die Herstellung und Nutzung von Biosprit aus der Jatropha-Pflanze ab. Das Ziel solcher Zusammenarbeit ist ein integrierter Prozess, der vom Samen über den Treibstoff bis hin zum Automotor reicht. Damit werden Agrounternehmen auch zu Energiekonzernen – und umgekehrt.

Unter dem Eindruck der Nahrungsmittelkrise haben nun mehrere Staaten, unter ihnen Deutschland und die Schweiz, ihre Förderpolitik im Bereich der Agrotreibstoffe neu überdacht und arbeiten an Labels für die Kennzeichnung «nachhaltiger Biotreibstoffe». Ob dies künftig genügen wird, um der globalen Ernährungssicherung einen höheren Stellenwert einzuräumen als der Energiegewinnung für den Norden, wird sich zeigen.



Jian Banning/afp

Globale Herausforderung

Das Hungerproblem wäre lösbar, weltweit könnte auch in Zukunft genügend Nahrung für alle produziert werden. Zu diesem Schluss kommen verschiedene Studien, die zum Teil aber unterschiedliche Wege aufzeigen. Einigkeit besteht in der Erkenntnis, dass dafür dringend zahlreiche Massnahmen sowohl auf regionaler wie globaler Ebene ergriffen und umgesetzt werden müssen. Dabei werden Nachhaltigkeit und ein sorgfältiger Umgang mit den beschränkten Ressourcen in Zukunft von zentraler Bedeutung sein.

Was dies konkret bedeutet, darüber gehen die Meinungen auseinander. Während vor allem die Agroindustrie in erster Linie auf industriellen Anbau und Produktivitätssteigerung u.a. mittels Gentechnologie setzt, kommt der Weltagrarbericht zum Schluss, dass eine kleinbäuerlich strukturierte Landwirtschaft die beste Garantin für eine nachhaltige Ernährungssicherung sei (siehe auch Artikel S.12).

Für die DEZA war diese Analyse eine Bestätigung ihrer bisherigen Politik. Allerdings mutet es fast zynisch an, dass ausgerechnet jene Kleinbauern, die sich heute, dem unerbittlichen Preiskampf des globalen Marktes ausgesetzt, kaum überleben können, einst die Welt retten sollen. «Als erstes müssen sich diese Kleinbauern selber besser ernähren können», stellt Landwirtschaftsexperte Willi Graf von der DEZA klar. «Dafür brauchen sie aber unsere Unterstützung in Form von Forschung und Beratung sowie einen besseren Zugang zu den Märkten.»

Der Schritt von einer ausreichenden Selbstversorgung zur globalen Ernährungssicherung ist immens und kann weder von den Kleinbauern, noch vom gesamten Agrarsektor allein bewältigt werden. «Unser ganzer Lebensstil steht zur Debatte», sagt Willi Graf. «Auch die Schweizer Politik und wir als Konsumentinnen und Konsumenten haben viele Hausaufgaben zu erledigen, wollen wir unseren Beitrag an die globale Ernährungssicherung leisten.» ■

Abholzung, Produktion von Agrotreibstoffen oder Welthandel sind nur einige Themen, welche in direktem Zusammenhang mit der Ernährungskrise stehen und weswegen sich Kleinbauern aus dem Süden paradoxerweise kaum selber ernähren können

Regional, saisonal und fair

Der globale Handel führt dazu, dass Ernährungssicherung im Süden Hand in Hand geht mit dem Konsumverhalten im Norden. In einer Welt, da alles mit allem zusammenhängt, ist es schwierig, dazu einfache Verhaltensregeln zu formulieren. Letztlich geht es darum, dass die zur Verfügung stehenden Ressourcen gerechter verteilt werden, damit sie für alle reichen. Ein wichtiger Indikator ist der Energieaufwand, der für die Herstellung und den Transport von Lebensmitteln betrieben wird: So werden zum Beispiel für die Produktion einer Kalorie Rindfleisch sieben Kalorien Getreide verfüttert. Eine andere Geschichte sind Cash Crops wie Kakao, Kaffee oder Bananen, die Bauern im Süden für unsere Märkte produzieren: Entscheidend ist, dass sie dafür einen gerechten Preis erhalten und ihre eigene Ernährungssicherung nicht durch eine einseitige Abhängigkeit vom Exportmarkt gefährdet ist. Regional, saisonal und fair einkaufen, raten denn auch die Entwicklungsagenturen in der Schweiz den Konsumentinnen und Konsumenten im Norden.

Es reicht für alle – aber nicht für alles

Mit seiner Forderung nach einer nachhaltigen, kleinbäuerlichen Landwirtschaft sorgte der Weltagrarbericht im April 2008 für Aufsehen. Hans Herren, stellvertretender Vorsitzender des Weltagrarrats, ist seither rund um den Globus unterwegs um dringend nötige Verhaltensänderungen – zum Beispiel in der Landwirtschaftspolitik, aber auch bei den Konsumenten – zu propagieren. Von Gabriela Neuhaus.



Der Schweizer Agronom **Hans Herren** gehört zu den weltweit führenden Wissenschaftlern im Bereich des biologischen Pflanzenschutzes. Für seine bahnbrechenden Arbeiten in Afrika wurde er 1995 mit dem renommierten Welternährungspreis ausgezeichnet. Herren war u.a. langjähriger Direktor des International Centre of Insect Physiology and Ecology (ICIPE) in Kenia, wo er integrierte Programme für die Gesundheit von Mensch, Tier, Pflanzen und Umwelt entwickelte. Seit 2005 befasst er sich als Direktor des Millennium Institutes mit der Erarbeitung von Programmen und Instrumenten zur Erreichung der Millenniums-Ziele in Entwicklungsländern. Zusammen mit Judi Wakhungu vom African Centre for Technology Studies leitete Hans Herren während vier Jahren zudem das Assessment of Agricultural Knowledge, Science & Technology (IAASTD), das dem Weltagrarbericht zugrunde liegt.



René Mattes/hemis.fr/baf

Eine Welt: Wie viele Menschen kann die Welt nachhaltig ernähren?

Hans Herren: Viele sagen, es gebe keine Limite – vor allem, weil man damit rechnet, dass wir in 50 Jahren nochmals 2,5 Milliarden mehr sein werden und die Bevölkerung danach wieder zurückgehen wird. Wir könnten heute schon genug produzieren – auch für zusätzliche 2,5 Milliarden Menschen, wenn man nicht die Hälfte dessen, was man produziert vergammeln liesse. Dazu kommt all das, was heute schon von den Autos verfahren wird. Wir können genügend produzieren – es fragt sich nur wie, wo und zu welchem Preis.

Welches sind die drei wichtigsten Punkte für eine nachhaltige Ernährungssicherung?

Erstens: Die Landwirtschaft ist wichtig für das Überleben der Menschen, nicht nur wegen der Nahrung. Wasser, Luft, unsere ganze Umwelt braucht eine Landwirtschaft, die Ökosystem-

Dienstleistungen gewährleistet. Zweitens müssen wir einen Lebensraum erhalten, in dem Menschen glücklich sein können. Das heisst, man will eine schöne, vielfältige Umwelt und nicht nur grosse Mais- oder Sojafelder in einer menschenleeren Landschaft. Und drittens brauchen wir eine Landwirtschaft, die den Entwicklungsländern hilft, die Armut zu überwinden. Das heisst auch, dass wir im Norden nicht mehr mit Hilfe von Direktzahlungen Überschüsse produzieren dürfen, die in den Süden fließen und den Bauern dort die Existenz zerstören. Vor allem in Ländern, wo es an Infrastruktur fehlt, ist es sehr schwierig, landwirtschaftliche Güter auf den Markt zu bringen – und auch die Inputs kommen vom Markt nicht auf die Felder. Da funktioniert der ganze Zyklus nicht. Das alles ist eine Frage der Investitionen.

Wo müsste man ansetzen?

Bauern müssten für ihre Dienstleistungen an den

Ökosystemen bezahlt werden. Mit Investitionen in die Verbesserung der Böden, zum Beispiel auch mit dem Einlagern von CO₂, könnte die Produktion enorm gesteigert werden – damit würden Bauern gleich doppelt gewinnen. Mit solchen Massnahmen kann man schon morgen beginnen. Da braucht man nicht mehr lange zu forschen.

Als der Weltagrarbericht im April 2008



REA/laif

erschien, fand er grosse Beachtung. Mittlerweile ist er nicht mehr in den Schlagzeilen – wie beurteilen Sie seine Wirkung aus heutiger Sicht?

Das Interesse hat noch zugenommen: Heute gibt es Bestrebungen, die Arbeit des Weltagrarrats fortzusetzen und die Berichterstattung über die Entwicklung in der Landwirtschaft zu institutionalisieren. Im April 2008 war der Druck, angesichts der akuten Hungerkrisen sofort zu handeln, sehr gross. Leider haben unnachhaltige Methoden der Ernährungssicherung wie die Lieferung von Dünger und Nahrungsmittelhilfe immer noch einen grossen Stellenwert. Insbesondere die Industrie propagiert einmal mehr die Gentechnologie als Lösung für künftige Hungerprobleme. Dabei wissen wir heute, auch aus den Erfahrungen der grünen Revolution, dass solche Hungerzyklen immer wieder kommen, wenn man nicht nachhaltig arbeitet.

Sie plädieren für eine kleinbäuerlich strukturierte Landwirtschaft, die mit den Ressourcen der Natur arbeitet. Wie kann damit genügend produziert werden?

Wichtig ist, dass die Bauern von ihren Produkten leben können, dass für sie der Preis stimmt. Die Menschen müssen sich daran gewöhnen, dass gute Nahrungsmittel etwas mehr kosten. Im Norden können wir uns das gut leisten, im Süden ist das anders. Trotzdem wäre es falsch, die Nahrungsmittel dort billig zu halten, weil dann der Bauer arm bleibt. Wir müssen in den Entwicklungs-

ländern investieren, damit die Konsumenten Arbeit finden und mehr Geld zur Verfügung haben: Strassen bauen, Eisenbahnen, und Industrien, welche die landwirtschaftlichen Produkte umsetzen. Heute wird das meiste als Rohmaterial verkauft und exportiert. In Kenia zum Beispiel verfaulen die Mangos unter den Bäumen, während das Konzentrat für den Mangosaft, der in den Supermärkten von Nairobi verkauft wird, aus Pakistan



Kurt Henseler/laif

kommt. Die Transportkosten sind zu billig, deshalb lohnt es sich nicht, in Kenia oder im Sudan eine solche Fabrik aufzustellen. Das ist ein weiteres Problem: Freihandel fördert nicht die lokale Ökonomie.

Müssen wir Abschied nehmen vom weltweiten Handel?

Globaler Handel geht nur mit billigem Öl. Es ist ja schön, im Winter Erdbeeren zu essen. Aber wenn man die realen Kosten rechnet, kann man sich das gar nicht leisten. Kommt dazu, dass die Ressourcen nicht reichen, wenn alle so konsumieren wollten, wie wir es tun. Wollen wir aber jenen im Süden helfen, ein besseres Leben zu haben, müssen wir konsequent sein und selber zurück stecken.

Was heisst das konkret?

Wir müssen anders leben, zum Beispiel weniger oder gar kein Fleisch essen. Damit könnte sehr viel Landverbrauch eingespart werden. Zudem müsste mehr lokal produziert werden. Allerdings muss man genau überlegen, was Sinn macht, denn manche lokalen Produkte kosten mehr Energie als solche von etwas weiter her. Vielleicht brauchen wir auch ein neues Label das zeigt, wie viel eine Kalorie bei einem gewissen Produkt kostet. Fest steht, dass wir handeln müssen. Denn wenn wir so weiter machen wie bisher, kann das vielleicht noch 10 oder 15 Jahre gehen – den Preis dafür werden unsere Kinder bezahlen. ■

Der Weltagrarbericht

Der Weltagrar- oder IAASTD-Bericht wurde ursprünglich von der Weltbank in Auftrag gegeben, um – ähnlich wie beim Klimabericht – eine umfassende Analyse der Situation als Basis für künftige Entwicklungen in der Landwirtschaft zur Verfügung zu haben. Am vierjährigen Prozess zur Erarbeitung der Studie beteiligten sich Interessensvertreter aus allen betroffenen Bereichen, u.a. Bauern-, Konsumenten- und Umweltorganisationen, die Privatwirtschaft sowie verschiedene UN-Organisationen. Die Publikation des Berichts im April 2008 sorgte für Schlagzeilen: Einerseits, weil zu diesem Zeitpunkt die Getreidepreise an den internationalen Börsen Höchststände notierten und in verschiedenen Regionen akute Hungerkrisen drohten, vor allem aber, weil er in seinen Empfehlungen der industriellen Landwirtschaft und der grünen Gentechnologie eine Absage erteilt und zum Schluss kommt, dass eine kleinbäuerlich strukturierte Landwirtschaft die beste Garantin für eine nachhaltige Ernährungssicherung sei.

Ausrichtung auf Ernährung hat höchste Priorität



Jorgen Schytte/Sail Pictures

Mit neuen thematischen Schwerpunkten will die DEZA ihre Arbeit auf wichtige globale Themen fokussieren. Weil sich die Nahrungsmittelsituation gerade in Entwicklungsländern dramatisch verschlechtert hat, lancierte die Schweiz im Herbst 2008 ein «Globales Programm Ernährungssicherheit».

(gn) Die Unterstützung von ländlicher Entwicklung und Bauern ist traditionell ein Kernthema der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit. Einem weltweiten Trend folgend hatte die DEZA in den letzten Jahren ihr Engagement in diesem Bereich zwar nie aufgegeben, aber doch zugunsten anderer Themen zurückgefahren. Mit der sich seit 2007 anbahnenden Nahrungsmittelkrise wurden die Prioritäten nun wieder neu gesetzt: Die Ernährungssicherung, als eines der grossen globalen Themen unserer Zeit, soll speziell gewichtet werden.

«Die Nahrungsmittelkrise schafft eine fundamentale neue Situation, die sich auch negativ auf die Erreichung der Millenniumsziele auswirken wird», beschreibt Jürg Benz, Verantwortlicher für die Skizzierung der neuen DEZA-Strategie, die aktuelle Lage. Denn in armen Familien geht die Verteuerung der Nahrungsmittel ans Lebendige, wie ein Beispiel aus Bangladesch illustriert: Eine arme Familie, die mit fünf Dollar am Tag auskommen muss, gab vor der Krise täglich rund 3 Dollar für Essen und 50 Cent für Energie aus, 1 Dollar 50 blieben ihr für übrige Ausgaben wie Schulbücher,

Kleider, Arzneimittel usw. Mit der Verteuerung der Lebensmittel um 20 bis 50 Prozent reicht das Geld nirgends mehr hin.

Dazu kommt, dass parallel auch die Energie teurer geworden ist. Das führt dazu, dass z.B. Kinder wieder mitverdienen müssen und nicht mehr zur Schule gehen (siehe auch «Was eigentlich ist Livelihood Approach?» S. 25) oder man sich Hygieneartikel nicht mehr leisten kann, was sich negativ auf die Gesundheit auswirkt. Somit drohen durch die Verteuerung der Nahrungsmittel Rückschläge mit weit reichenden und langwierigen Folgen für die Ärmsten.

Längerfristiges Engagement

In einem ersten Schritt reagierte die Schweiz mit verschiedenen Sofortmassnahmen, um Not leidende Bevölkerungsgruppen – vor allem schwangere Frauen, stillende Mütter und Kleinkinder – mit Nahrungsmittelhilfe zu unterstützen. Indem die DEZA das Thema Ernährungssicherung neu als eines von drei Globalen Programmen (nebst Klimawandel und Migration) stärker gewichtet als bisher, stehen zusätzliche 20 Millionen Franken



Christian Heeb/afp

für Programme im Bereich der Nahrungssicherung in neuen Regionen zur Verfügung.

Das Globale Programm baut auf dem aktuellen Engagement der bilateralen, multilateralen und humanitären Zusammenarbeit auf und will zusätzlich Synergien schaffen und nutzen. Dabei setzt die DEZA ihre Prioritäten in erster Linie auf strukturelle, längerfristige Massnahmen wie zum Beispiel Unterstützung der Entwicklungsländer im Bereich der Agrar- und Ernährungssicherungspolitik, mit dem Ziel, die Anreize für lokale Produktion oder für den regionalen Handel zu verbessern.

Wie bereits in verschiedenen Projekten erprobt, soll die Landwirtschaft nicht isoliert gefördert werden. Im Zentrum steht vielmehr die Etablierung ganzer Wertschöpfungsketten. Nur so könne, betont Jürg Benz, die Situation der Produzenten nachhaltig verbessert und ländliche Entwicklung angekurbelt werden. «Wir wollen das Thema Ernährungssicherung auf allen Ebenen kohärent bearbeiten. Das sind eher längerfristige Projekte, wir rechnen mit einem Zeithorizont von mindestens fünf Jahren für ein Entwicklungsprogramm.» Auf Regierungsebene setzt sich die Schweiz für die Förderung einer nachhaltigen, bäuerlichen Landwirtschaft ein sowie für eine Handels- und Agrarpolitik, die sich an den Bedürfnissen der Ärmsten orientiert.

Neue Wege

Auch neue Formen der Zusammenarbeit sollen er-

probt werden: So will man zum Beispiel ein in Lateinamerika erfolgreiches Programm zur Unterstützung von Kleinbauern und ländlicher Entwicklung auf Länder wie Malawi, Äthiopien oder Kenia übertragen (siehe auch Randspalte). Mit einem sogenannt trilateralen Zusammenarbeitsprojekt unterstützt die Schweiz den Wissenstransfer von Brasilien nach Haiti, wo für die Bekämpfung der Krise Erfahrungen des brasilianischen Hungerreduktions-Programms genutzt werden sollen.

Im Rahmen des Globalen Programms will sich die DEZA künftig auch innenpolitisch stärker engagieren und Einfluss nehmen. Dabei sollen insbesondere die Auswirkungen der Schweizer Agrarpolitik auf Handel und Wirtschaft in den Entwicklungsländern thematisiert und in den Politikdialog eingebracht werden. Aber auch Fragen nach dem Umgang mit Agrotreibstoffen oder die schweizerische Handelspolitik haben oft konkrete Auswirkungen auf die Menschen im Süden, weshalb auch hier das Fachwissen der DEZA vermehrt in die Entscheidungsfindung einfließen soll.

«Im Sommer 2008 gab es 30 parlamentarische Anfragen zum Thema Ernährungssicherheit. Da muss sich die DEZA einbringen und ihre Sicht der Dinge in die Antworten einfließen lassen», sagt Jürg Benz. Denn die grosse Herausforderung für die Zukunft wird sein, Nahrungsmittelproduktion und weltweite Handelsbeziehungen so zu gestalten, dass das Menschenrecht auf Nahrung für alle und nachhaltig verwirklicht werden kann. ■

Metallsilos für Afrika

In Lateinamerika lancierte die DEZA in den 1980er Jahren das Programm «Postcosecha» (span. «nach der Ernte»), dessen Renner ein leicht zu handhabendes Silo aus verzinktem Blech ist. Dieses ermöglicht eine sichere Lagerung der Ernte, so dass Kleinbauern auch selber entscheiden können, wann sie überschüssige Erträge auf den Markt bringen wollen. Mit den Silos konnten 10 bis 15 Prozent der früheren Ernteverluste vermieden werden – pro Jahr rund 50 000 Tonnen Landwirtschaftsprodukte im Wert von 12 Millionen US-Dollar. Von dieser Erfolgsschicht sollen nun auch Länder des «afrikanischen Maisgürtels» profitieren, wo bis zu einem Drittel der Ernten infolge schlechter Lagerung verloren gehen. Die DEZA fördert mit der Finanzierung eines Pilotprojekts, den Süd-Süd-Wissenstransfer von Lateinamerika nach Afrika: Transmissionsriemen des Projekts ist das internationale Agrarforschungszentrum CIMMYT. Ziel ist es, Metallsilos auch in Afrika in grossem Stil zur Ernährungssicherung einzusetzen, damit gleichzeitig das lokale Handwerk zu fördern und die Marktchancen für Kleinbauern zu verbessern.



Laurent Cocchi (2)

Schrumpfendes Land

Der lettische Arbeitsmarkt befindet sich in einer schwierigen Umbruchphase. Bedingt durch die hohe Arbeitslosigkeit und das niedrige Lohnniveau, haben seit der Unabhängigkeit unzählige Letten der Heimat den Rücken gekehrt, um im Ausland ihr Geld zu verdienen, meist in Irland oder England. Nicht ohne Folgen: Seit 1991 ist die Bevölkerung um mehr als zehn Prozent geschrumpft. Eine von der Regierung in Auftrag gegebene Studie beziffert die Zahl der im Ausland lebenden Letten auf über 150 000. Der heimischen Wirtschaft fehlt es an Arbeitskräften in allen Bereichen. Eine Entwicklung mit weitreichenden Konsequenzen, denn immer mehr Arbeitskräfte müssen nun angeworben werden aus Ländern, in denen die Löhne noch niedriger sind: Russland, Weissrussland, der Ukraine – das bedeutet neue Belastungen für das ohnehin schon schwierige Verhältnis zwischen lettisch- und russischsprachender Bevölkerung.

Sprachverwirrung an der Ostsee

Lange Zeit galt Lettland als Wirtschaftswunderland unter den ehemaligen Sowjetrepubliken. Die weltweite Finanzkrise hat Wachstum und ausländische Investitionen jedoch auch hier stark gebremst. Doch nicht allein wirtschaftlicher Natur sind die Probleme des kleinen Ostseestaates – auch die Integration der russischen Minderheit sorgt im Vielvölkerstaat immer wieder für Spannungen. Von Gesa Wicke*.

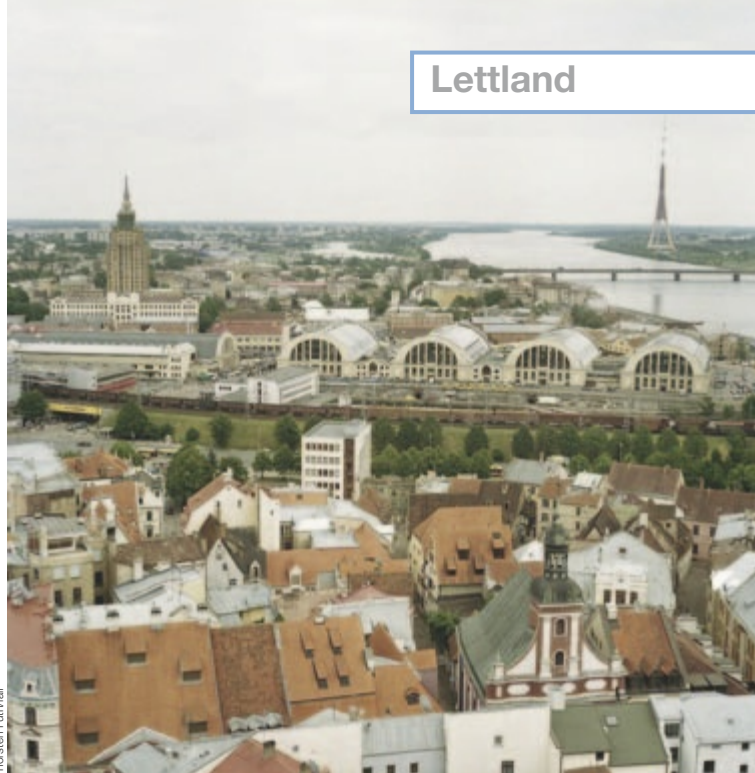
Düster und bedrohlich, wie ein dunkler Fleck auf der Seele Lettlands, prangt der schwarze Zementklotz auf dem schmucken Rigaer Marktplatz, mitten im Herzen der Altstadt. Als wolle der mächtige Bau des «Latvijas Okupācijas Muzejs», des nationalen Okkupationsmuseums, die hastig vorbeiliegenden Passanten ermahnen, doch einen Moment innezuhalten und der schrecklichen Repressalien zu gedenken, denen das lettische Volk in der Vergangenheit ausgesetzt war.

Die Ausstellung im Inneren des Mammutgebäudes dokumentiert eindrucksvoll die Geschichte der lettischen Fremdherrschaft – und die ist lang und wechselvoll. Erst 1918 wird der kleine Staat von Russland unabhängig, doch nur 22 Jahre später marschieren die Sowjets erneut ein, kurz darauf folgt die Invasion der Deutschen. Am Ende schließlich kommen wieder die Russen, die das lettische Volk von den Schrecken des Nationalsozialismus befreien und diesmal ganze 45 Jahre lang bleiben, bis zur Unabhängigkeits-

erklärung im Sommer des Jahres 1991. Unendliches Leid steht hinter solch nüchternen Daten und Zahlen. Die Briefe und Fotos an den Stellwänden erzählen von Deportationen, Gulags und Verschleppungen, von Militäraufmärschen und Zensur, von auseinandergerissenen Familien und Kindern, die ohne Eltern aufwachsen.

«Nichtbürger» im eigenen Land

Anna Ivanowitsch kümmern solche Schicksale wenig. Im Gegenteil, sie würdigt das Museum kaum eines Blickes, als sie an diesem Mittwochmorgen auf dem Weg zum Einbürgerungsamt daran vorbeifährt. «Die Letten haben Russland doch soviel zu verdanken – und das soll jetzt der Lohn sein? Reine Bevormundung ist das!» Anna Ivanowitsch ist Angehörige der russischen Minderheit im Land, landesweit stellt diese rund ein Drittel der Bevölkerung; in der Hauptstadt Riga liegt ihr Anteil sogar bei über fünfzig Prozent. Die meisten von ihnen kamen nach dem Zweiten



Weltkrieg im Rahmen der Ansiedlung grosser Industrieprojekte ins Baltikum, mit dem Zerfall der Sowjetunion wurden viele von ihnen auf einmal zu «Nichtbürgern» im eigenen Land – und ohne lettische Staatsbürgerschaft auch ohne Wahlrecht und wirkliche Zukunftschancen.

Mittlerweile hat die lettische Regierung, nicht zuletzt auf ausländischen Druck hin, den Einbürgerungstest «Naturalisazija» eingeführt, mit dem man das Problem lösen will. Einige Multiple Choice-Fragen zu Geschichte und Verfassung Lettlands, das Aufsagen der Nationalhymne, ein kurzer Test von Grammatik- und Sprachkenntnissen. «Alles ganz einfach», wie die rotgelockte Dame von der Einbürgerungsbehörde beim Verteilen der Fragebögen mit einem milden Lächeln betont. Doch ganz so einfach ist es nun auch wieder nicht – besonders ältere Russen weigern sich häufig vehement gegen den Test, empfinden ihn als Beleidigung, als Gängelung, oder eben – wie Anna – als «reine Bevormundung».

Und dennoch hat sich die zierliche Mittdreissigerin für eine Prüfung entschieden. Hat in den vergangenen Wochen fleissig das kleine Begleitbüchlein studiert und ist fest entschlossen, den Test heute mit Bravour zu bestehen. «Ich möchte

Karriere machen und in der Welt herumfliegen», erklärt sie mit pragmatischer Entschlossenheit, und das gehe nun mal nicht «ohne diese verdammte Staatsbürgerschaft!»

Lettisch statt Russisch

Während Frau Ivanowitsch nur kurze Zeit später tatsächlich voll Stolz das positive Ergebnis in den Händen hält, und sich eilig verabschiedet – schliesslich will das freudige Ereignis jetzt erst einmal gebührend begossen werden – hat Antons Kurstis ganz andere Sorgen. Der grauhaarige Mann mit dem Vollbart ist Leiter der staatlichen Sprachkontrollbehörde Lettlands, und dort haben er und seine Mitarbeiter momentan alle Hände voll zu tun. Jeden Tag ziehen sie im Auftrag der Regierung durch Riga's Strassen – ihre Mission: «Die Stärkung der lettischen Identität und Sprache!»

Weil man diese in jüngster Vergangenheit – Einbürgerungstest hin oder her – zunehmend bedroht glaubt, hat das lettische Parlament seine Sprachpolitik nun noch einmal verschärft. Bereits seit 2004 sorgt eine Norm dafür, dass auch an russischen Sekundarschulen mindestens 60 Prozent des Unterrichts auf Lettisch stattfindet; ausserdem sollen alle russischen Schulen in zweisprachige





Nick Hannes/Reporters/af



Martin Roemers/af

Wachsende Kluft

Der extrem wirtschaftsliberale Kurs der lettischen Regierungen seit der Unabhängigkeit 1991 hat unzähligen kreativen Jungunternehmern in den vergangenen Jahren schnellen Reichtum und der Wirtschaft einen konstanten Aufschwung beschert. Und auch ausländische Investoren haben die Vorteile der lettischen Wirtschaftspolitik längst erkannt. Sie profitieren vor allem vom niedrigen Lohnniveau, von gut ausgebildeten Fachkräften und einer im europäischen Vergleich sehr niedrigen Unternehmenssteuer. Doch nicht alle zählen zu den Gewinnern dieser Entwicklung, mehr als drei Viertel der Rentner etwa lebt unter dem Existenzminimum. Die Durchschnittsrente in Lettland liegt bei etwa 180 Franken im Monat, wer keine Unterstützung durch die Familie erhält, ist auf einen Zusatzverdienst angewiesen. Besonders auf dem Lande ist ein Grossteil der Bevölkerung noch weit entfernt vom westeuropäischen Lebensstandard.

Institutionen umgewandelt werden. Mehrere Menschenrechtsorganisationen hatten damals gegen die Bildungsreform protestiert – auf Regierungsseite beurteilte man die Massnahmen jedoch anscheinend als noch nicht umfassend genug.

Deshalb sind Antons Kurstis und seine Truppe nun emsig auf den Strassen der Hauptstadt unterwegs, mit vollem Einsatz für den Erhalt des Lettischen. Presseartikel, Aushänge, Hinweisschilder – alles muss nun einheitlich auf Lettisch verfasst werden, stichprobenartig werden auch Sprachkenntnisse des Verkaufspersonals überprüft. Und wehe, die Behördenmitarbeiter finden doch mal einen kyrillischen Buchstaben zu viel, dann drohen saftige Bussen von mehreren hundert Euro!

«Wir haben in den letzten Monaten einen stetigen Anstieg an Beschwerden erhalten, von Letten, die sich in ihrem eigenen Land diskriminiert fühlen, weil ihnen die Kommunikation in Lettisch schlichtweg verweigert wurde», erklärt Kurstis mit ernstem Gesicht. «Deswegen ist es unsere Hauptaufgabe, die offizielle Amtssprache, und das ist nun einmal Lettisch, zu schützen und gegen den widerrechtlichen Gebrauch des Russischen vorzugehen!»

Spannungsgeladene Integration

Denn auch siebzehn Jahre nach der Unabhängigkeit ist die russische Sprache in Lettland alles andere als eine bedrohte Minderheitenmundart. Schliesslich war sie zu Sowjetzeiten Amtssprache und noch immer sprechen zumindest die Älteren sie fließend, zählte sie doch zu den Pflichtfächern jeder Schule. Auch wenn sich das mittlerweile geändert hat, bis heute verlangt ein Grossteil der Arbeitgeber in der Privatwirtschaft von seinen Angestellten, dass sie das Russische sicher beherrschen, «allein schon, weil unter den Kunden oft viele Russen sind», wie Kurstis erklärt.

«Eine Schande» findet das die lettische Verkäuferin aus dem kleinen Schreibwarenladen in der Nähe des Hauptbahnhofs. «Die Russen müssen endlich

begreifen, dass sie sich anpassen müssen in diesem Land – unterordnen», sagt sie und schlägt dabei erstaunlich energisch mit der Faust auf die hölzerne Ladentheke. Auch wenn die OSZE, die nach der Unabhängigkeit damit betraut wurde, sich der Frage nach Integration und Rechten des russischen Bevölkerungsdrittels anzunehmen und die Einbürgerungspolitik zu überwachen, bereits 2001 ihre Arbeit beendet, und das Problem von internationaler Seite damit offiziell für gelöst erklärt hat: Reaktionen wie diese machen deutlich, wie spannungsgeladen die Thematik auch heute noch ist.

Einst als Helden gefeiert, heute beschimpft

Die Fronten zwischen Russen und Letten im Ostseestaat sind verhärtet, Ressentiments und Vorurteile bestimmen die Wahrnehmung auf beiden Seiten. Und die leidvolle Vergangenheit ist weit davon entfernt, vollständig aufgearbeitet zu sein – geschweige denn, gemeinsam. Insbesondere für den älteren Teil der russischen Bevölkerung ist es oft nicht leicht, diese veränderte politische Lage wirklich zu begreifen und zu akzeptieren.

Bestes Beispiel: Die Gesellschaft der Sowjetischen Kriegsrentner in Lettland, gleichzeitig eine der grössten Veteranenorganisationen des Landes. Weit über 15 000 Soldaten der ehemaligen Sowjetarmee leben heute noch im Lande, viele von ihnen treffen sich regelmässig, pflegen alte Rituale und begehen – obschon offiziell verboten – die alten Feiertage aus Sowjetzeiten.

Zeiten, in denen die Rote Armee noch als «Befreierin» und nicht als «Besatzlerin» galt und ihre Mitglieder als wahre Helden gefeiert und nicht wie heute auf der Strasse von den Leuten beschimpft und bespuckt wurden. Zeiten, die lang, lang vergangen, und dennoch so schrecklich präsent sind, im Lettland der Gegenwart. ■

** Gesa Wicke ist freie Journalistin in Bremen und bereist regelmässig die Baltischen Staaten*

Lettland und die Schweiz

Von Sonderabfall bis Schultransporte

(bf) Lettland ist eines der zehn Länder, die seit 2004 neu Mitgliedstaaten der EU sind und deshalb vom schweizerischen EU-Erweiterungsbeitrag profitieren. Für dessen Umsetzung sind die DEZA und das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO gemeinsam verantwortlich. Im Rahmen dieses Beitrags werden in Lettland bis 2012 Projekte im Umfang von 59 Millionen Franken zur Verminderung der sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten innerhalb der EU umgesetzt. Dabei entfallen rund drei Viertel des Geldes auf DEZA-Projekte und rund ein Viertel auf SECO-Projekte. Die Konkretisierung der Projekte ist in Lettland insofern weiter als anderswo, als praktisch alle Projekt-Ideen von den lettischen Ministerien eingereicht und von schweizerischer Seite auch bereits mit dem lettischen Aussenministerium diskutiert wurden. Die konkrete Projektumsetzung wird vom Schweizer Erweiterungsbeitrags-Büro in Riga, welches in engem Kontakt mit der Nationalen Koordinationsstelle im lettischen Finanzministerium steht, begleitet.

Im Vordergrund stehen dabei folgende vier Themenschwerpunkte:

Sicherheit, Stabilität und Unterstützung von Reformen

Im Rahmen der Regionalentwicklung ist vorgesehen, in abgelegenen Gebieten die Schultransporte zu verbessern. Dabei sollen die Beschaffung von Schulbussen und vorausgehende Analysen finanziert werden. Ziel ist es, Kindern in abgelegenen Gebieten einen sicheren Schulweg zu bieten und ihnen den Zugang zur Schule zu erleichtern.

Weiter trägt die Schweiz zu einer verstärkten Jugendarbeit bei. Im Vordergrund stehen hier Jugendinitiativen (wie z.B. Austauschprogramme, Ausbildungskurse, Freizeitaktivitäten) und die Ausbildung von entsprechenden Sozialarbeitern. Im Justizbereich unterstützt die Schweiz ein Vorhaben, das auf ein qualitativ verbessertes und effizienteres Gerichtswesen abzielt und den Bürgern den Zugang zu den Justizbehörden erleichtern soll.

Umwelt und Infrastruktur

Zur Verbesserung der Lebensbedingungen und zur Förderung eines nachhaltigen wirtschaftlichen Wachstums sollen Sonderabfalldeponien saniert sowie verseuchte Gebiete dekontaminiert werden. Zusätzlich wird der Auf- und Ausbau des Managements von Sonderabfällen gefördert.

Förderung des Privatsektors

Für eine verbesserte Regulierung des Finanzsektors werden Massnahmen im Bereich der Rechnungslegung sowie der Buchprüfung von Unternehmen unterstützt. Damit wird ein Beitrag zur vollständigen Umsetzung des Gemeinschaftsrechts der Europäischen Union geleistet.

Menschliche und soziale Entwicklung

Mit Schweizer Fördermitteln sollen das wissenschaftliche Potenzial gestärkt, der Zugang zu Ausbildungs- und Forschungsprogrammen vereinfacht, Stipendien erteilt und Austauschprogramme finanziert werden.

Darüber hinaus werden zivilgesellschaftliche Initiativen im Sozial- und Umweltbereich unterstützt. ■



André Maslennikov/Still Pictures

Mein kleines Wunderland



Zane Berlauda hat je einen Universitätsabschluss in Tourismus-Management und Öffentlicher Verwaltung. Die 28jährige lebt in Riga und arbeitet als Direktionsassistentin im Verlagshaus «Dienas bizness». In ihrer Freizeit treibt sie Sport, besucht kulturelle Anlässe und sucht sich einen Job im Ausland.

Ich kam in einer sowjet-lettischen Kleinstadt zur Welt, in einer kinderreichen Familie, was recht ungewöhnlich war. Einmal kam sogar ein Vertreter des Stadtsovjets zu uns nach Hause, um meiner Mutter den Mutterheldin-Orden an die Brust zu heften. Die Anerkennung der näheren Umgebung hielt sich jedoch in Grenzen, doch es hatte auch sein Gutes: Mussten andere Kinder mit ihren Bezugschein für Wurst, Zucker oder Butter stundenlang Schlange stehen, konnten wir uns wenigstens abwechseln.

Nach der «Singenden Revolution», die um das Jahr 1988 begann, trafen Anfang der 1990er Jahre die ersten humanitären Hilfslieferungen ein, welche uns mit vor Verwunderung aufgerissenen Augen eine nie zuvor gesehene Vielfalt an Farben und Gegenständen entdecken liessen: Leuchtendes Gelb, Grün und Blau, und die Zähne der ersten Ausländer, die ich mit eigenen Augen erblickte, waren tatsächlich weiss. Ausserdem erfuhr ich, dass Lenin in Wirklichkeit gar nicht mein Grossvater war und dass der Fernseher auch lettisch sprechen konnte. Von diesem Moment an schien mir und dem grössten Teil der Letten alles, was aus dem (westlichen) Ausland kam, gut zu sein – und das Leben in der Hauptstadt Riga das erstrebenswerteste.

In Riga lebe ich seit rund zehn Jahren – und ausser mir die Hälfte Lettlands. Das Sowjetregime stand für einheitliches Denken, für einheitliche Ansichten auf künstlerischer, kultureller, gesellschaftlicher und

politischer Ebene. Heute besteht diese Einheit infolge der Grenzöffnung darin, die «Kulturen» anderer Länder zu übernehmen und dass «Lettland kann!». Dabei handelt es sich um ein Projekt, welches mein Arbeitgeber, die grösste Wirtschaftszeitung Lettlands, ins Leben gerufen hat. Die Idee dahinter: Letten vorzustellen, die sich irgendwo in der weiten Welt oder aus dem Exil zurückgekehrt ein menschenwürdiges Leben aufgebaut haben – im Gegensatz zu jenen, die in Irland oder England Champignons ernten oder am Fließband sitzen. Allerdings setzen sich in erster Linie diejenigen durch, die das Glück hatten, im Ausland eine Hochschule zu besuchen oder dort zu arbeiten.

Ich habe zwei lettische Hochschulabschlüsse – und finde nicht einmal als Sekretärin Arbeit in der von mir bevorzugten Branche. Lettland übernimmt offenbar noch immer alles, was jenseits der Grenzen zu haben ist, da es dies alles als gut befindet. So teile ich mir beispielsweise eine Zweizimmer-Wohnung mit einem schwulen Paar, kommuniziere mit meinen Freunden überwiegend per Skype und wundere mich nicht mehr, wenn ein mir im Trolleybus gegenüberstehendes schwarzes oder gelbes Kind lettisch spricht.

Dennoch herrscht hier noch immer ein unverwechselbarer, urlettischer Zauber. In unserem Land gibt es so wenige Letten, dass es unmöglich ist, durch die Strassen oder ins Kino zu gehen oder aufs Land zu fahren, ohne auf einen Angehörigen oder alten Bekannten zu treffen. 18 Jahre sind seit der Unabhängigkeit vergangen, und noch immer sind wir ein Volk, wo jeder seinen Schrebergarten hat, daheim auf dem Fensterbrett wachsen Schnittlauch und Dill, und die im Herbst im Wald gesammelten Pilze und Beeren machen wir für den Winter ein. Und obwohl ich noch nie im Leben eine blaue Kuh gesehen habe, die ja das Hauptmarkenzeichen Lettlands ist, bin ich stolz auf dieses Land. Und es macht nichts, dass noch gestern in der Rigaer Innenstadt zwei Touristen an mich herangetreten sind und fragten: «Können Sie uns sagen, wie man nach Riga kommt?»

Irgendwann wird schon jeder wissen, wer und wo wir sind. Wenn wir uns sehr anstrengen, dann gelingt es uns nicht, aber wenn wir uns nicht anstrengen, dann gelingt es. So ist das bei uns – in meinem kleinen Wunderland Lettland. ■

(Aus dem Lettischen)



Martin Roemans/ait



Ein Versprechen zum richtigen Zeitpunkt

Am Millenniumsgipfel der UNO im Jahre 2000 hat die Schweiz versprochen, ihr Engagement zugunsten der Ärmsten zu verstärken. Die Aufwendungen für Entwicklungszusammenarbeit sind seither in absoluten Beträgen gewachsen. Der prozentuale Anteil am Volkseinkommen hingegen stagniert. Dies soll sich jetzt ändern. Das Parlament hat im vergangenen Dezember beschlossen, die Entwicklungshilfe bis 2015 von derzeit 0,37 auf 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens zu erhöhen. Zu diesem Zweck soll der Bundesrat nächstes Jahr dem Parlament eine zusätzliche Botschaft unterbreiten. Dieser Entscheid ist mutig und setzt positive Signale in mehrfacher Hinsicht.

Bemerkenswert ist der Zeitpunkt des Entscheides. Er erfolgte nach Ausbruch der Finanzkrise, die die Weltwirtschaft erschüttert und auch robuste Volkswirtschaften ins Stottern bringt. Weltweit werden immense Summen aus der Staatskasse für die Stützung der Banken und strategischer Industriezweige aufgewendet. Das reissst Löcher in die Staatskassen.

Kommt die Entwicklungshilfe unter Druck? Es muss damit gerechnet werden. Hauptleidtragende würden damit jene Länder, die am wenigsten Schuld an der Krise haben und kaum in der Lage sind, deren negative Folgen mit wirtschaftlichen und sozialen Massnahmen abzufedern. Eine Zunahme von Konflikten und sozialer Unrast könnte die Folge sein.

Diese gilt es zu verhindern. Mit der beabsichtigten schrittweisen Erhöhung der Hilfe setzt das Parlament ein Zeichen gegen einen negativen Trend. Es signalisiert, dass die Solidarität mit ärmeren

Ländern trotz oder gerade wegen knapperer Budgetmittel nicht aus den Traktanden fallen darf. Dahinter steckt auch die Einsicht, dass die Lösung globaler Krisen nur durch vertiefte internationale Zusammenarbeit und bessere Absprachen möglich ist. Die Länder des Südens und Ostens müssen an dieser gemeinsamen Aufgabe besser teilnehmen. Entwicklungszusammenarbeit trägt dazu bei. Sie stärkt die Institutionen der Partnerländer und verbessert deren Mitwirkungsmöglichkeiten im internationalen Konzert.

Der Grundsatzentscheid des Parlaments ist auch ein Vertrauensbeweis für die DEZA. Er honoriert die umfassende Reorganisation der Zentrale und die bessere Einbindung der Entwicklungszusammenarbeit in den Gesamtrahmen schweizerischer Aussenpolitik. Die Grundlage für eine effiziente und effektive Verwendung zusätzlicher Budgetmittel ist damit gelegt. ■

Martin Dahinden
Direktor der DEZA

Grauenhafte Vergangenheit, schmerzhaftes Gegenwart



Burundi erholt sich langsam von einem langen Bürgerkrieg – ein dunkles Kapitel mehr auf seinem mit Massakern und Genoziden gepflasterten Weg. Die Schweiz setzt auf verschiedenen Ebenen an, um dem Land bei der Überwindung seiner Traumata zu helfen. Sie bietet Mediation an, fördert den Aufbau einer Übergangsjustiz und steht vergewaltigten Frauen bei.

Langsame Konsolidierung des Friedens

Im Jahr 2000 schloss die burundische Regierung mit 18 Parteien Frieden, nicht aber mit den bewaffneten Rebellen. Erst 2003 legte die Rebellenbewegung CNDD-FDD die Waffen nieder und formierte sich als politische Partei. Ihre Kämpfer wurden in die Verwaltung und die Armee integriert. Diese Partei gewann die Parlamentswahlen 2005 und ihr Leader, Pierre Nkurunziza, wurde Präsident. Damit war der Konflikt allerdings nicht beendet – eine letzte Rebellengruppe, die Palipehutu-FNL, blieb aktiv. Sie unterzeichnete 2006 einen Waffenstillstand und ging in den Untergrund. Im Frühjahr 2008 setzte sie sich wieder an den Verhandlungstisch.

(jls) Seit der 1962 erlangten Unabhängigkeit kam es immer wieder zu Gemetzeln zwischen den beiden grössten Ethnien, den Hutu, die zwar in der Mehrheit sind, aber diskriminiert wurden, und der Minderheit der Tutsi, die während vier Jahrzehnten den Staatsapparat kontrollierten. Die Massaker von 1993 stürzten das Land in einen Bürgerkrieg, der in zwölf Jahren rund 300 000 Tote forderte. Seit den Parlamentswahlen von 2005, die eine ehemalige Rebellenbewegung für sich entschied, hat sich die Lage entspannt. Allerdings liegt die Versöhnung der Burunder noch in weiter Ferne. Um zu dauerhaftem Frieden zu finden, muss das Land seine Vergangenheit aufarbeiten und die Verantwortlichen der Gewalttaten zur Rechenschaft ziehen.

Bei den Friedensverhandlungen im Jahr 2000 war vorgesehen, unter UNO-Schirmherrschaft zwei Organe einer Übergangsjustiz einzusetzen: Eine Wahrheits- und Versöhnungskommission (CVR),

um Licht in alle seit der Unabhängigkeit verübten Massaker zu bringen, sowie ein Spezialgericht, um über die Schuldigen zu urteilen.

Streit über die Kompetenzen

Beide Institutionen haben jedoch ihre Arbeit noch nicht aufgenommen, denn über die jeweiligen Kompetenzen herrscht alles andere als Einigkeit. Die burundische Regierung zum Beispiel wünscht, dass ungestraft bleibt, wer seine Übergriffe eingesteht; für die UNO dagegen kommt es nicht in Frage, Kriegsverbrecher und Täter von Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu begnadigen. Einig sind sich die Parteien bislang darin, dass sie eine nationale Volksbefragung durchführen wollen, um die Haltung der Burunder zur Übergangsjustiz zu erfahren.

Die Schweiz macht sich auf politischer Ebene stark, um den erwähnten doppelten Mechanismus in Gang zu setzen. Marc George ist Berater für



Friedenskonsolidierung im Kooperationsbüro (Kobü) der DEZA in Bujumbura. Bei seinen Kontakten mit Behörden und Parteien betont er, wie notwendig es ist, die Vergangenheit aufzuarbeiten: «Die Dinge entwickeln sich langsam. Gewisse Machthaber haben kaum Interesse, einen Prozess anzustossen, bei dem ihre Verantwortung für diese Ereignisse an den Tag kämen. Das hindert uns aber nicht daran, darauf hinzuwirken, dass sich die Übergangsgerechtigkeit unter guten Voraussetzungen an die Arbeit machen kann, sobald sie eingerichtet ist.»

Tabus brechen

Verschiedene Initiativen haben sich zum Ziel gesetzt, Frieden zu stiften und den Rechtsstaat zu stärken. So kam es dank Schweizer Vermittlung zu mehreren Treffen zwischen burundischen Politikern und Rebellengruppen. Das EDA unterstützt ausserdem die Behörden beim Verfassen von Berichten im Zusammenhang mit den internationalen Menschenrechtskonventionen. Parallel dazu muss die Sicherheit wiederhergestellt werden, und das in einem Land, in dem rund 100 000 Haushalte über Gewehre oder Granaten verfügen. Deshalb unterstützt die Schweiz ein Projekt zur freiwilligen Entwaffnung der Zivilbevölkerung und zur Vernichtung leichter Waffen.

Weitere Aktivitäten zielen darauf ab, die Öffentlichkeit besser zu informieren und den Dialog über die jüngste Vergangenheit zu fördern. «Manche Massaker wurden von den Medien thematisiert, andere bleiben im Dunkeln. Darüber zu reden, wagen die Burunder nicht, weil sie jemanden beschuldigen könnten. Sobald aber die CVR die Übergriffe erst einmal publik gemacht hat, werden die Familien ihr Leid nicht mehr verstecken müssen», sagt Marc George.

Die Schweiz unterstützt deshalb ein im ganzen Land gezeigtes Theaterstück, das unter den Zu-

schauern Diskussionen über Gewalt auslöst. Ausserdem finanziert sie die Ausstrahlung von Radiosendungen zu den Themen Versöhnung und Übergangsgerechtigkeit und die Berichterstattung über die Volksbefragungen.

Vergewaltigungen vor und nach dem Krieg

Die von Soldaten unterschiedlicher Gruppen massenweise verübten Vergewaltigungen blieben ebenfalls praktisch ungesühnt. Aus Angst vor Vergeltungsmassnahmen wagen es nur wenige Frauen, Anklage zu erheben. Im Rahmen eines seit 2002 laufenden Programms bietet die DEZA in Burundi und Kongo juristische Unterstützung an, die auch medizinische Pflege und psychosoziale Betreuung einschliesst.

«Die Opfer benötigen in erster Linie medizinische Hilfe, stark Verletzte sogar chirurgische Eingriffe. Dazu kommt ein wirtschaftliches Problem: Viele Opfer werden von ihren Familien verstossen und sind deshalb mittellos», sagt Ursula Keller von der Friedensorganisation cfd, die sich für Frauenanliegen einsetzt und das Kobü bei der Begleitung des Programms unterstützt. Aus ihrer Perspektive muss das Hauptaugenmerk nun auf alle Formen von Gewalt und Ungerechtigkeit gegenüber Frauen gerichtet werden: «Vergewaltigungen waren während des Kriegs auch deshalb so verbreitet, weil die Frauen in der Gesellschaft einen niedrigen Status haben. Doch trotz des Waffenstillstands wird weiter vergewaltigt. Bloss sind die Täter nun in Zivil und gehören zur Familie oder zum Bekanntenkreis.» ■

(Aus dem Französischen)

Stoppt die Gewalt!

In Burundi und Kongo widmen sich Sensibilisierungskampagnen der Vergewaltigungsproblematik. Seit 2007 können sie auf einen von der DEZA auf Französisch, Kirundi und Swahili publizierten Comic abstützen. Er trägt den Titel: «Non à la violence! Le viol n'est pas une honte, c'est un crime» (Stoppt die Gewalt! Vergewaltigung ist keine Schande, sondern ein Verbrechen). Erzählt wird die Geschichte der Dorfbewohnerin Générose die von einem Unbekannten während der Arbeit auf dem Feld vergewaltigt wird. Sie wird von ihrem Ehemann verstossen und findet bei einer Nachbarin Unterschlupf, die sie ins Krankenhaus begleitet und ihr empfiehlt, Anzeige zu erstatten. Der Comic bietet Vergewaltigungsopfern nützliche Informationen: Die Notwendigkeit der Einnahme von Medikamenten gegen Schwangerschaft und sexuell übertragbare Krankheiten innerhalb von 72 Stunden, die Möglichkeiten für psychosoziale Betreuung, die gesetzlichen Grundlagen, das rechtliche Vorgehen usw.

Vom Mikrokreditprojekt zur Geschäftsbank

In Albanien gibt es über hundert Spar- und Leihkassen, die rund 800 Dörfer versorgen. Das genossenschaftlich organisierte Netz entstand ab 1992 mit Unterstützung der DEZA. Inzwischen ist es selbsttragend und autonom und soll in eine Geschäftsbank umgewandelt werden, um den Kundinnen und Kunden neue Leistungen anbieten zu können.



Paul Henning

Die Union ASC in Zahlen

Das Spar- und Leihkassennetz wird Jahr für Jahr grösser. Inzwischen ist es in 13 von 36 Regionen vertreten, wo 103 Genossenschaften 778 Dörfer mit Finanzdienstleistungen versorgen, und zählt rund 23 400 Mitglieder. Das Kreditportfolio umfasst umgerechnet rund 43 Millionen Schweizer Franken. Der durchschnittlich gewährte Kreditbetrag beläuft sich auf 4300 Franken und die Rückzahlungsquote erreicht praktisch 100 Prozent. Die ab 2001 eingeführte Sparmöglichkeit entwickelte sich zunächst nur zögerlich. Dann aber fassten immer mehr Dorfbewohner Vertrauen in das System und brachten ihr Ersparnis in die Sparkassen. 2007 stiegen die Kundengelder um 73 Prozent. Ende des zweiten Quartals 2008 erreichten sie einen Wert von über 12 Millionen Franken.

(jls) In den ländlichen Gegenden Albaniens sind die Spar- und Leihkassen der einzige Zugang zu Finanzdienstleistungen. Konzipiert wurden sie nach dem Vorbild der Raiffeisenkassen mit Kunden, die Teilhaber sind, und einer Dachorganisation, der Albanian Savings and Credit Union (Union ASC), welche die Interessen aller Genossenschaften vertritt. Entstanden ist dieses Netz aus einem nach dem Zusammenbruch des Kommunismus von der Weltbank lancierten Mikrokreditprojekt. Sogenannte Dorfkreditfonds liehen Bauern und Kleinunternehmern Geld, damit diese ihre Produktivität verbessern konnten. Die DEZA trug das Projekt auf technischer und strategischer Ebene mit. Ende der 1990er Jahre unterstützte sie den Wandel von der provisorischen Struktur zu einem dauerhaften, von den Dorfbewohnern bewirtschafteten Finanzsystem.

«Das Projekt half den ursprünglich kleinen Einheiten, sich zu Genossenschaften zusammenzuschliessen, Spargelder zu mobilisieren und sich so selbst zu finanzieren», erinnert sich Ruth Egger, die für die Begleitung des Netzwerks zuständig war. Seit 2005 ist die Union ASC von finanziellen Zuschüssen unabhängig. 2007 stiess sie gar unter die

fünfzehn erfolgreichsten Mikrofinanzinstitutionen weltweit vor.

Bald eine «richtige» Bank

Als Institution ohne Banklizenz muss sich die Union ASC allerdings auf bestimmte Aktivitäten beschränken und will sich deshalb zu einer Geschäftsbank weiterentwickeln. «So können wir unser Dienstleistungsangebot erweitern und auch die Bedürfnisse einer anspruchsvolleren Kundschaft befriedigen», erklärt Direktorin Zana Konini. Zu den neuen Dienstleistungen gehören auch internationale Überweisungen: Damit wird das Spar- und Leihkassennetz die von den albanischen Emigranten ins Heimatland geschickten Gelder direkt in den Dörfern ausbezahlen können. Die vorgesehenen Veränderungen erfordern jedoch den Einsatz modernerer Technologien, die Verstärkung des Managements und die Verbesserung der Infrastruktur. Um diesen Entwicklungsschub zu finanzieren, haben verschiedene Geldgeber der Union ASC finanzielle oder technische Unterstützung zugesichert. ■

(Aus dem Französischen)

Höhere Entwicklungshilfe

(jtm) Die Schweiz erhöht ihr Engagement zugunsten der Ärmsten. Dies haben die eidgenössischen Räte im Dezember 2008 in der Differenzbereinigung der Botschaft zu Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und Finanzhilfe zugunsten der Entwicklungsländer (DEZA) resp. der wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen in der Entwicklungszusammenarbeit (SECO) 2008 beschlossen. Das Parlament fordert vom Bundesrat eine Zusatzbotschaft, die aufzeigen soll, wie die zusätzlichen Mittel eingesetzt werden, damit die Schweiz bis 2015 die Zielmarke von 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungshilfe erreichen kann. Das Parlament hat einen politischen Grundsatzentscheid gefällt, der über

den Vorschlag des Bundesrats von 0,4 Prozent hinausgeht. Das Parlament hat weiter entschieden, dass der Anteil der multilateralen Hilfe in der Entwicklungszusammenarbeit 40 Prozent des gesamten Rahmenkredits nicht übersteigen dürfe. Diese Aufstockung der öffentlichen Entwicklungshilfe ist ein Vertrauensbeweis an die DEZA und die eingeleiteten Reformmassnahmen. Das Parlament setzt damit auch ein Zeichen der Solidarität und internationalen Verantwortung in einer turbulenten Zeit. Die Entwicklungsländer dürfen nicht die Kosten der Finanzkrise tragen. Gerade jetzt sei es wichtig, arme Länder zu unterstützen, argumentierten Befürworter im Parlament. Sie nicht zu stützen, hiesse auch das Risiko zusätzlicher Verwerfungen in Kauf zu nehmen.

Mehr Entscheidungen vor Ort

(jtm) Nach der Zentrale im vergangenen Jahr werden 2009 im zweiten Schritt der DEZA-Reorganisation die Beziehungen zwischen der Zentrale in Bern und den Kooperationsbüros in den Partnerländern neu gestaltet. Angestrebt wird eine stärkere Dezentralisierung der Entscheidungsprozesse. Gemäss Studien kann die Effizienz und Wirkung der DEZA vor Ort verbessert werden, wenn mehr Verantwortung an die Kooperationsbüros delegiert wird. Die DEZA hat diesbezüglich schon 1995 einen ersten Dezentralisierungsschritt gemacht, für sämtliche strategischen Entscheide blieb jedoch die Zentrale zuständig. Nun wird der Dezentralisierungsprozess konsequent weitergeführt. Die Entscheidungsverantwortung soll möglichst nahe ans «Feld» gebracht

werden, wo die operationelle Umsetzung der Programme geschieht. Eine Arbeitsgruppe aus Mitarbeitenden der Zentrale und der Kooperationsbüros hat verschiedene Optionen entwickelt. Im Vordergrund steht die Idee, dass die Zentrale ein Gesamtprogramm zu einem thematischen Schwerpunkt ausarbeitet und dazu einen Budgetrahmen vorgibt. Für die Auswahl der einzelnen Projekte und die Weiterentwicklung des thematischen Programms wäre das Kooperationsbüro verantwortlich. Darüber hinaus sollen neue Formen der Zusammenarbeit entwickelt werden, mit dem Ziel, die Präsenz und Wirkung der Schweizer Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit sowie der Humanitären Hilfe zu stärken. Die Direktion wird Ende Frühling wegweisende Entscheide dazu fällen.

Was eigentlich ist... Livelihood Approach?

(bf) Der Begriff Livelihood Approach tauchte erstmals Ende der 1990er Jahre in der Entwicklungszusammenarbeit auf. Damit sollte ein allzu sektorieller Ansatz (Gesundheit, Landwirtschaft etc.) bei der Armutsbekämpfung verhindert werden. Livelihood wird auf Deutsch mit Lebensverhältnisse oder Lebensgrundlagen übersetzt, Approach mit Ansatz oder Betrachtungsweise. Allgemein anerkannt ist, dass Armut mehrdimensional ist – beispielsweise nicht auf ein Einkommen von unter 1 Dollar pro Tag reduziert werden kann – und dass, um sie zu bekämpfen, die Anstrengungen und Leistungen der Armen selber gestärkt werden müssen, um aus der Armut herauszufinden. Das Konzept des Livelihood Approach bietet dabei einen analytischen Rahmen, indem es die Menschen und ihre Ideen, Entscheidungen, Überlebens- und Lebensstrategien in den Mittelpunkt stellt. Dabei versucht man zu verstehen, wie und unter welchen Einflüssen (Verhaltensregeln, Machtbeziehungen, Einkommen, Vorhandensein von Infrastruktur etc.) sie ihre Entscheidungen treffen. Konkret wird beispielsweise so klar, dass Armut für eine Fischer-, eine Landwirt- oder eine Steinbrecherfamilie, die zwar alle im gleichen Dorf wohnen, nicht das gleiche bedeutet und deshalb die Familien auch nicht die gleichen Strategien entwickeln, um ihr zu entfliehen. So fand man in einem DEZA-Projekt in Bangladesch heraus, dass die öffentliche Schule von den Familien verschieden genutzt wird. Während beispielsweise die Schule von armen Familien der einen Gruppe kaum genutzt wird, sehen arme Familien einer anderen Gruppe in dieser eine Chance für ihre

Kinder, welche denn auch praktisch nie im Unterricht fehlen. Um die Armut effizient zu bekämpfen muss man deshalb verstehen, was die Menschen machen, unter welchen Bedingungen sie es machen und aus welchen Gründen. Um sich in diese Wirklichkeiten und die Aktionen zu versetzen, mit denen die Armut bekämpft werden soll, dafür bietet Livelihood einen Rahmen. Die in Bangladesch gewonnenen Erkenntnisse fliessen nun in das Programm der Armutsbekämpfung ein, indem vorab die spezifischen Lebensgrundlagen der entsprechenden Familien verstanden, geschützt, gestärkt und möglichst verbessert wurden.



Zeller Kalkaya/TCS/ief

Hohe Ansprüche an Freiwillige



Alan Meyer/HERS

Freiwilligeneinsätze in Ländern des Südens werden oft kritisiert, sie seien nicht wirksam und nähmen den Einheimischen die Arbeit weg. Diese Pauschalkritik ist ungerechtfertigt, hat doch in den letzten Jahren eine zunehmende Professionalisierung der personellen Entwicklungszusammenarbeit stattgefunden. Davon profitieren vor allem die Menschen im Süden. Von Maria Roselli.

Abenteurer sind in der Entwicklungshilfe fehl am Platz. Das zeigen auch die Zahlen der von den entsendenden Organisationen eingesetzten Freiwilligen. Rund die Hälfte der Personen, die sich für Freiwilligenarbeit im Süden interessieren, wird von den in der Schweiz etablierten Institutionen ausgemustert, weil ihr Einsatz nicht erfolgversprechend wäre.

«Mit Abenteurern und Besserwissern können wir genauso wenig anfangen wie mit Aussteigern und Weltverbesserern. Fachliche wie soziale Kompetenzen sind unabdinglich», erklärt Martin Schreiber, Geschäftsführer von Unité, dem Schweizerischen Dachverband der entsendenden Organisationen. Unité vertritt 25 Organisationen mit technischer, entwicklungspolitischer, religiöser und humanitärer Ausrichtung wie etwa Bethlehem Mission Immensee, Mission 21, Interteam, E-Changer und Solidarmed. Der Verband betreut mit seinen Mitgliedorganisationen das «Programm zur Förderung

der personellen Entwicklungszusammenarbeit und des Nord-Süd-Austausches». Dieses wird mit jährlich neun Millionen Franken von der DEZA unterstützt und ist in 40 Ländern, vorab in Lateinamerika, Afrika und Asien tätig. Pro Jahr sind rund 200 Freiwillige der Unité-Organisationen im Einsatz.

Arbeit immer wieder hinterfragen

Nicht alle Organisationen, die mit freiwilligen Fachpersonen arbeiten, sind bei Unité. Ärzte ohne Grenzen (MSF) ist es beispielsweise nicht, denn die Organisation gilt nicht als entsendende, sondern als medizinisch humanitäre Organisation und wird deshalb von der DEZA über das humanitäre Budget mitfinanziert. Im Jahre 2007 arbeitete die Schweizer Sektion von MSF in mehr als 20 Ländern an 60 Projekten. Senop Tschakarjan ist ein Arzt von MSF. Der 33-jährige Deutsche armenischer Herkunft lebt in Zürich und ist gerade aus



MSF Schweiz

Ob als Freiwilliger für ein Hilfswerk wie HEKS (ganz links) oder für Ärzte ohne Grenzen – das Profil der Volontäre hat sich in den letzten Jahren mehr und mehr jenem der Spezialisten der professionellen Entwicklungs-zusammenarbeit, wie beispielsweise denjenigen der DEZA (nächste Seite), angeglichen

einem Einsatz in West-Darfur, Sudan, zurück. Fünf Monate lang betreute er mit den Kollegen des mobilen Care-Teams Tausende von Menschen. Durchschnittlich untersuchte und verarztete das MSF-Team, bestehend aus Arzt, Pfleger, Psychologin und Krankenschwester, etwa 160 Menschen pro Tag. «Wir stellten uns immer wieder die Frage nach dem Sinn unserer Arbeit. Das ist sehr wichtig, denn nur so kann man aus Fehlern lernen», sagt der Arzt, der schon bald wieder für MSF unterwegs sein wird.

Obwohl im Januar 2008 drei Freiwillige von MSF in Kismaayo, Somalia, ermordet wurden, hat Senop Tschakarjan keine Bedenken. «Wir haben gute Sicherheitsleute und wir wurden geschult, wie wir uns in gefährlichen Situationen verhalten sollen». Die Ausbildung und die Auswahl der Freiwilligen sind denn auch von zentraler Bedeutung für das Gelingen eines Einsatzes.

Vom Bauarbeiter zum Ingenieur

Wie streng die Auswahl der Freiwilligen getroffen wird, zeigt sich beispielsweise darin, dass eine grosse entsendende Organisation wie E-Changer in den letzten sechs Jahren nur eine Person hat zurückholen müssen. Die in Fribourg ansässige Organisation entsendet jährlich etwa 15 Personen, insgesamt sind auf drei Jahre etwa 45 Fachpersonen im Einsatz.

Wer sich bewirbt, durchläuft eine einjährige Ausbildung, die unter anderem sieben Kompaktkurse

zu je vier bis fünf Tagen beinhaltet. Der Einsatz dauert, wie bei den meisten Unité-Organisationen, drei bis fünf Jahre. «Die lange Einsatzdauer ist ein zusätzlicher Motivationsfilter», erklärt Beat Wehrle, Generalsekretär von E-Changer. Das strenge Auswahlverfahren, die Ausbildung und die lange Einsatzdauer gewährleisten die Qualität der Einsätze. Je kürzer ein Einsatz ist, desto mehr muss darauf geachtet werden, dass er in ein Programm integriert ist, das ihm Kontinuität gibt.

Das Profil der Volontäre hat sich in den letzten Jahren immer mehr jenem der professionellen Entwicklungshelfer angeglichen. Lag das Durchschnittsalter der Freiwilligen in den 1980er Jahren noch bei 30 Jahren, sind heute die meisten über 40. Handwerker sind immer weniger gefragt: Während in den 1990er Jahren 50 Prozent über einen Universitäts- oder Hochschulabschluss verfügten, sind es heute 80 Prozent. Dies auch deshalb, weil die Menschen im Süden, und vor allem in Lateinamerika, immer besser ausgebildet sind und die Partnerorganisationen fast nur noch Bedarf an hoch spezialisierten Freiwilligen haben.

Seit Beginn der 1990er Jahre wird das Freiwilligenwesen zudem stetig professionalisiert. «Die personelle Entwicklungszusammenarbeit ist relativ teuer. Jeder Freiwillige kostet die DEZA jährlich um die 50 000 Franken», rechnet Konrad Specker, Chef der Abteilung Institutionelle Partnerschaften der DEZA, welche die Einsätze auch deshalb intensiv überprüft. Die Summe beinhaltet die Spesen

Entwicklung durch Austausch

Projekte im Rahmen der personellen Entwicklungszusammenarbeit sind Langzeitprojekte, welche den Südpartnern eine verlässliche und permanente Begleitung garantieren. Die Projekte achten auf effizienten und wirksamen Mitteleinsatz und eine nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen. Hilfe zur Selbsthilfe wird angeboten und damit Selbsthilfe aktiv angeregt. Personelle Entwicklungszusammenarbeit unterstützt und stärkt die lokalen und involvierten Gruppen und Strukturen vor Ort. Ebenso fördert sie partizipative Methoden sowie die Mobilisation gegen die Ursachen von Ungerechtigkeit, Gewalt und Armut. Der Langzeitcharakter der Projekte in der personellen Entwicklungszusammenarbeit unterstützt die Südpartner zudem in Situationen von Gewalt und Repression – und sie sind Beispiele für Gewaltlosigkeit als Alternative zu repressiven Konfliktlösungsstrategien.



Jean-Luc Issel/DEZA

für Lebenskosten, Ausbildung, Reisen, Sozialversicherung und die sogenannte Wiedereingliederungssumme.

Kleinbauern und Landfrauen stärken

Das Ehepaar Bruno und Beatriz Kull-Moreira ist seit eineinhalb Jahren für E-Changer in Brasilien, im Südwesten des Staates Bahia, in einem Heks-Programm tätig. Der Freiburger Agronom und Erwachsenenbildner unterstützt dort die soziale Bewegung der Kleinbauern in ihrer Vernetzungsarbeit. Im Zentrum seiner Tätigkeit steht unter anderem die Verbesserung der Vermarktung der landwirtschaftlichen Produkte. Kürzlich konnten die Kleinbauern, auch dank der Unterstützung des Schweizer, einen Vermarktungsvertrag für Bananen mit dem Staat abschliessen, der ihnen ein Mehrfaches des bisherigen Preises einbringt. Der 56-jährige ist nicht zum ersten Mal im Süden tätig. In den 1980er Jahren arbeitete er für die DEZA in Guinea-Bissau und in Senegal. «Es ist ein enormer Unterschied, ob man als staatlicher Helfer oder als Freiwilliger auftritt», erklärt Bruno Kull. Ein Offizieller habe stets Mühe herauszufinden, welches reale und welches vorgetäuschte Probleme seien. «Bei uns ist dies anders, da wir kein Geld zu verteilen haben. Wir können die Partnerorganisationen nur in ihren eigenen Bemühungen unterstützen.»

Seine Ehefrau Beatriz Kull-Moreira, 59, unterstützt die Landfrauen, ihre Rechte wahrzunehmen. Zudem erteilt die studierte Chemikerin Work-

shops, die den Frauen die Möglichkeit von einem Nebenerwerb aufzeigen. Mit selbstgebackenem Brot, handgefertigten Taschen und Medikamenten aus Medizinalkräutern können die Frauen ihr Haushaltsgeld aufbessern.

Einsätze müssen bedarfsorientiert sein

«Damit die Entsendung wirklich Sinn macht, müssen sich die Einsätze an den realen Bedürfnissen der Partnerorganisationen vor Ort ausrichten. Niemand darf entsendet werden, nur weil er schon lange auf der Warteliste steht», meint Specker. Die entsandte Person müsse von Anfang an in eine Projektstruktur integriert sein und: «Es darf nicht sein, dass ein Freiwilliger ein Jahr braucht, bevor er konkret zu arbeiten beginnt.»

Wichtig sei zudem, dass die Person keine ausführende sondern eine beratende und unterstützende Position belege, denn nur so sei gewährleistet, dass die lokalen Arbeitskräfte nicht benachteiligt würden. Und Martin Schreiber doppelt nach: «Die personelle Entwicklungszusammenarbeit bringt einen realen Mehrwert, denn hier steht nicht Geld, Technologie oder der einseitige Wissenstransfer im Vordergrund, sondern eine gemeinsame interkulturelle professionelle Zusammenarbeit. Und zu guter Letzt machen wir auch Sensibilisierungsarbeit in der Schweiz.» ■

«Kurze Einsätze, beispielsweise von einem Monat, ermöglichen einzig einen einseitigen Wissenstransfer. Das macht dann Sinn, wenn das Wissen in schon bestehende Arbeit einfliesst. Sonst kann man sich über deren Sinn streiten. Wichtig ist in der personellen Entwicklungszusammenarbeit, dass ein Austausch von Wissen stattfindet – ein interkultureller Austausch zwischen den Zivilgesellschaften.»

Beat Wehrle,
Generalsekretär E-Changer

Links

www.unite-ch.org
www.e-changer.ch
www.msf.ch

Sterbendes Königreich

Bei einem Besuch eines Literaturanlasses in Kapstadt beobachte ich aufsteigende Rauchschwaden über den Hügeln auf der anderen Stadtseite. Sirenen heulen, Männer der freiwilligen Feuerwehr eilen in Vollmontur zu ihren Einsatzorten. Schon kreisen Helikopter im Himmel und löschen die Flammen mit einer rosa Flüssigkeit. Auf dem Greenmarket Square ereifert sich ein alter Mann: «Geht es darum, das Feuer in den Bergen zu löschen, sind sie sofort da – brennen unsere Hütten, sieht man sie nie. Vögel, Schildkröten und Antilopen sind ihnen wichtiger als wir Menschen.» Kaum gesagt, wird der Mann von zwei Blumenverkäuferinnen in wuchtigen Cape Malay-Trachten ermahnt: «Sie schützen unsere Proteas!» In Südafrika ist die Protea nicht einfach eine Blume, sondern ein Symbol. Die Nationalmannschaften tragen sie mit Stolz, vielen Menschen flösst sie Ehrfurcht ein – mit ihrem kräftigen und trotzigem Aussehen erzählt sie Geheimnisse aus einer Zeit vor über 300 Millionen Jahren, lange bevor die ersten Menschen die Welt bevölkerten. Sie blüht hauptsächlich im Winter auf einigen *Fynbos*-Arten, Sträuchern und kleinen Büschen, die vor

allem im südlichen Teil des Western Cape wachsen. In der 93 000 Quadratkilometer grossen Region, die den Namen Cape Floral Kingdom trägt, wachsen – nebst 69 der weltweit bekannten 112 Protea-Arten – 8600 Pflanzenarten, die es sonst nirgends auf der Welt gibt. Aus diesem Grund wachen die Menschen in Südafrika eifersüchtig über dieses Blumenreich. Auch die distelförmige Königsprotea, Südafrikas Nationalblume, blüht hier. Dieses Ökosystem ist heute in Gefahr. Die Wetterverhältnisse ändern sich so stark, dass sich niemand mehr darauf einstellen kann. «Als wir jung waren», stellt der alte Mann fest, «kamen und gingen die Jahreszeiten in einem vorhersehbaren Rhythmus. Nun laufen sie Amok.» Noch vor wenigen Jahrzehnten hätte sich die Feuerwehr nicht die Mühe genommen, gegen die Flammen anzukämpfen. Brände waren etwas Gutes, man musste sie gewähren lassen, aber damals waren sie auch vorhersehbar. Sie entzündeten sich circa alle fünfzehn Jahre in den Bergen. Sie dienten dem Fortbestand der verschiedenen Arten, genauso wie die Winterregen. Die Pflanzen im Cape Floral Kingdom bewahren ihre Frucht in Zapfen auf, die dann durch die

Flammen geknackt werden. So werden die Samen freigesetzt und Ameisen horten sie als Futterreserve im Boden. Ohne Brände würden die *Fynbos* überaltern und aussterben. Jahrtausendlang unterstützten Brände die Vegetation. Heute jedoch haben sich die Wetterfolgen verändert. Das Feuer, das früher für Cape Floral Kingdom überlebensnotwendig war, hat nun das sensible Ökosystem aus den Angeln gehoben und könnte den Untergang des Königreichs besiegeln. Schon sind mancherorts die schrill krächzenden und kratzenden Laute des Honigfressers nicht mehr zu vernehmen. Die steigenden Temperaturen haben den Vogel in gastfreundlichere Klimaregionen vertrieben. Ohne ihn bleibt aber die Protea unbestäubt. Was dem alten Mann Sorge bereitet, ist nicht so sehr die traurige Migration des Honigfressers, sondern existenzielle Fragen. Er weiss, dass die Regenfälle nicht mehr gleich einsetzen wie früher. Hier im Westen der Provinz, wo leichte Niederschläge eigentlich im Winter angesagt wären, genauso wie in seinem Dorf, im Osten, wo Gewitterschwüle und starke Regenfälle typisch für den Sommer waren. Jetzt ist alles anders. Die langanhaltende Dürre hat seinen Streifen Land zerstört und ihn gezwungen, in der Stadt Arbeit zu suchen. Die Welt verhält sich seltsam, und die Jahreszeiten sind durcheinander geraten. Sogar die Schwalben bleiben das ganze Jahr, fliegen nicht mehr in den warmen Sommer der nördlichen Hemisphäre. Wenn die vom Menschen gemachte globale Erderwärmung weiterhin so voranschreitet, wird Cape Floral Kingdom zur Wüste. ■



Zakes Mda (eigentlich Zanemvula Kizito Gatyeni Mda), geboren 1948, gehört zu Südafrikas bekanntesten Romanciers und Theaterautoren. Aufgewachsen in Soweto und in Lesotho, emigrierte er 1963 in die USA und studierte in Ohio. 1995 kehrte er nach Südafrika zurück. Neben dem Schreiben ist er auch als Dramaturg am Johannesburg Market Theatre und als Maler, Komponist und Filmemacher tätig, züchtet Bienen und leitet den Southern African Multimedia AIDS Trust in Sophiatown, Johannesburg. Seine Romane sind in zahlreichen Sprachen übersetzt. Auf Deutsch sind seine Romane «Der Walrufer» und «Die Madonna von Excelsior» (siehe Buchbesprechung S. 34) beim Unionsverlag erschienen. Zakes Mda's Werk wurde mit zahlreichen Preisen ausgezeichnet. Heute unterrichtet er an Universitäten in den USA und in Südafrika und lebt in Johannesburg und Ohio.



Martin Harvey/Still Pictures

(Aus dem Englischen)



Christian Altorfer, Zürich (6)

Ein Albtraum, in dem Sex die Hauptrolle spielt

Er ist Satiriker aus Leidenschaft und er hat noch nie ein Blatt vor den Mund genommen. Weder zur Zeit des Apartheid-Regimes, noch heute. Auch im demokratischen Südafrika hat Pieter-Dirk Uys, der Grand Old Man des internationalen Politikabaretts, nichts von seiner Respektlosigkeit und Schärfe verloren. Im Gespräch mit Maria Roselli präsentiert er eine schonungslose Analyse zum Stand der Nation.

«Eine Welt»: Herr Uys, Sie haben letzten Sommer am Theaterspektakel in Zürich Ihr neustes Stück *Elections and Erections* vorgeführt. Da denkt man spontan an Bill und Monica oder ist uns Europäern etwas entgangen? Pieter-Dirk Uys: Klar ist es

eine Anspielung auf Bill und Monica, aber auch ANC-Präsident Jacob Zuma weiss, wie er sich die Hörner abstossen kann. Ich beginne immer mit einem guten Titel, er bringt die Menschen zum Lachen. Zudem widerspiegelt er zwei Dinge, die während der Apartheid für mich

unzugänglich waren, nämlich Demokratie und Sex. Demokratie kenne ich erst seit meinem 49. Lebensjahr, und über Sex wurde nie gesprochen, wenn ich es gebraucht hätte. Ich musste alles selbst herausfinden, zum Glück gab es damals noch kein Aids.

Was bedeutet es für einen südafrikanischen Künstler, im Ausland aufzutreten?

Für mich sind Auslandsauftritte wichtig, um einzuschätzen, ob meine Aufführungen im internationalen Vergleich standhalten. In Europa wird erwartet, dass ich als Afrikaner auftrete, also als



Ausländer. Doch die Politik ist von Land zu Land nicht wirklich anders. Die Angst vereint uns. Über die Globalisierung ist man sich näher gekommen, wir kennen einander und ich stelle die Ängste des jeweiligen Publikums ins Zentrum meiner Vorstellung. Ich bringe also meine Figuren nach Europa und nicht mein Publikum nach Afrika.

Meist spricht man nicht über Erektionen und das kann zum Problem werden: Der HI-Virus ist die grösste Herausforderung für Ihr Land und ganz Afrika. Was läuft schief?

Ohne Aufklärung ist Sex ein tödliches Minenfeld. Gerade weil Sex etwas Natürliches ist und zum Alltag gehört, ist die Botschaft einfach: Alle sollten wissen, was sie tun. Erektionen führen nur zu Einem, nämlich

Sex. Aber auch Sex kann sehr unterhaltend und lustig sein. Humor bringt das Publikum dazu, sich zu entspannen, danach kann man ihm die nicht gern gehörte Wahrheit sagen. Wir haben 1000 Aids-Tote pro Tag. Das verdanken wir vorab der Nachlässigkeit unserer einstigen ANC-Führung. Thabo Mbeki hat ein bitteres Erbe hinterlassen, jenes der Aids-Verharmlosung. Aufgrund seiner Unterlassungspolitik und den Randalen-Wickeln und Kartoffelkuren seines Gesundheitsministers haben hunderttausende Menschen sterben müssen – schon beinahe ein Genozid. Doch Schuld ist ein Wort, welches tabu ist – ein Virus, der lebt, weil wir nicht hinschauen. Wenn es schon keine Heilung davon gibt, dann sollte man sich doch umso mehr darum kümmern. Ich habe mit meinem

Anti-Aids-Programm schon über 1,6 Millionen Schulkinder besucht und meine Botschaft ist einfach: Stellt Fragen! Verlangt Antworten! Passt auf! Sagt nein, wenn keine Kondome zur Verfügung stehen! Glaubt nie, dass es euch nicht passieren könnte, denn Sex passiert jedem!

Zurzeit der Apartheid waren Sie ein Gegner des Regimes, was auch auf Ihre Stücke abgefärbt hat. Wie hat sich nun Ihre Arbeit verändert?

Als die Apartheid 1994 fiel, war ich unglaublich erleichtert und froh, auch wenn es ganz danach aussah, als hätten mich die Wahlen den Job gekostet. Doch die Politiker retten mich immer. Sie schreiben mir meine Stücke. Zwei Jahre lang beschäftigte ich mich mit anderen Themen, dann kam ich wieder zu meinem Leitmotiv zurück: Die

Achtlosigkeit der Regierung. Diesmal war die ANC an der Reihe. Politiker sind wie Affen: Je höher sie auf der Leiter der Ambitionen steigen, je besser können wir von unten ihren Arsch sehen. Apartheid war die bessere Zielscheibe: Gut gegen Böse, Schwarze gegen Weisse. Die Welt verstand das Muster. Ich denke, Apartheid war das letzte einfach gestrickte Muster. Haben wir seither je etwas über Darfur, Burma oder Zimbabwe gehört?

Was brachte das Ende der Apartheid den Südafrikanern?

Es begann ein neuer Albtraum. Heute wird nicht mehr zwischen Weiss und Schwarz, sondern zwischen Arm und Reich unterschieden. Redefreiheit? Ja, haben wir, aber es wird nur sehr wenig geredet!



PD, Marc Stanes (3)



Die Menschen haben Angst zu kritisieren, denn sie könnten die Gunst der Regierung verlieren. Korruption und Lügen beherrschen wieder unseren Alltag. Mbeki hat über Nacht eine neue Elite geschaffen: Innert 17 Jahren wurden aus Häftlingen Milliardäre. Wir sind sehr unglücklich über das Ungleichgewicht zwischen Arm und Reich, doch nach 17 Jahren kann niemand mehr der Apartheid die Schuld zuschieben. Während der Apartheid hatte ich keine Erwartung, da war nur die Angst vor einem Blutbad und vor dem Holocaust der Rache. Es kam nicht dazu. Nelson Mandela gab uns die Chance, unsere Träume zu verwirklichen. Mit ihrer Vergebung erwies sich die ANC als moralisch überlegen. Doch heute gibt es diese moralische Überlegenheit nicht mehr, wir bewegen uns alle im Sumpf der alles umspannenden Politik. Über korrupte Politiker zu lachen, bringt mehr als Kugeln und Bomben.

Wie veränderte sich seit der Wende das Leben der Südafrikaner?

Es hat sich vor allem in den Beziehungen viel verändert. Doch die Menschen meiner Generation, die schon über 60 sind, werden sich nie wirklich ändern. Die Weissen behandeln die Schwarzen noch immer anders und die Schwarzen entschuldigen sich noch immer

dafür, dass sie existieren. Doch die Jungen sind wütend, ambitioniert und erfolgreich. Die Kinder sind unsere Zukunft. Jene, die nach 1994 zur Welt kamen, wissen nicht Mal mehr, was die Apartheid war. Das ist gut so. Doch meine Arbeit besteht darin, die Leute daran zu erinnern, woher wir kommen, damit wir feiern können, wohin wir gehen. Wir stehen noch immer am Rande des Abgrunds. Sind wir mal von den Politikern abhängig, werden wir alle abstürzen. Die Menschen müssen die Führung in die Hand nehmen und die Politiker können uns folgen.

Welches sind abgesehen von Aids die grössten Herausforderungen Südafrikas?

Die Wahlen 2009 werden wegweisend sein. Wir müssen alle an die Urnen. Noch nie war die Gefahr, ein Einparteiensstaat zu werden, so gross wie heute. Bildung ist Mangelware. Wohnungen ebenso. Der öffentliche Transport existiert nicht. Mbeki setzte auf die Wirtschaft und andere Geschäfte, die seiner Clique Geld einbrachten: Ausland, Finanzen, Verteidigung, Tourismus. Der Rest modert im Chaos. Wir müssen von Grund auf neu beginnen, auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene. Kriminalität und Gewalt sind ausser Kontrolle. Unsere Polizei muss bezahlt und geschult werden und die Menschen

müssen lernen, das Gesetz zu respektieren. Korruption muss angeprangert werden. Heute bedeutet ANC «A Nice Cheque». Die ANC muss in ihren Reihen aufräumen.

Gibt es ein Thema, welches für den Satiriker Uys tabu ist?

Religion ist die letzte Grenze der Satire. Alle wissen, wenn man über Religionen Witze macht, stirbt man. Doch niemand steht über der Satire, nicht einmal Nelson Mandela. Aber er ist auch immer der Erste, der lacht. ■

(Aus dem Englischen)

Der Politikabarettist **Pieter-Dirk Uys** hat über 30 Theaterstücke geschrieben, 15 Bücher veröffentlicht und 30 Filme gedreht. Die erfolgreichste Kunstfigur des südafrikanischen Satirikers ist Evita Bezuidenhout, ehemalige Homeland-Botschafterin und Schlachtross in Sachen Apartheid. Sein aufgedonnertes Alter Ego Evita lässt Uys mit strammem Charme in jedes nur verfügbare Fettnäpfchen treten.

Kultur fördert die Integration

(dds) Die Länder der Entwicklungsgemeinschaft Südliches Afrika (SADC) durchlaufen eine zunehmende soziale und wirtschaftliche Integration. Dies führte in gewissen Situationen zu sozialen Spannungen oder gar Fremdenhass. Bildende Künste und Kultur können dazu beitragen, Vorurteile gegenüber dem «Anderen» abzubauen und die Akzeptanz der kulturellen Vielfalt in einem bestimmten Land oder zwischen Staaten zu stärken. Auf der Ebene der Entwicklung kann Kultur dazu beitragen, die gemeinsamen Herausforderungen einer Region, wie beispielsweise Aids, Bildung und Armut, zu erkennen. Die DEZA unterstützt deshalb seit 1998 über das Verbindungsbüro von Pro Helvetia in Südafrika das Kulturprogramm für das Südliche Afrika. Stand darin zu Beginn der kulturelle Austausch zwischen der Schweiz und Südafrika im Vordergrund, so ist es nun zunehmend der kulturelle Austausch zwischen den Ländern der SADC wie Südafrika, Mosambik, Angola, Simbabwe, Botswana und Namibia.

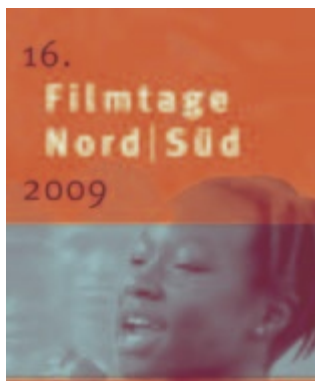
Freiburg und Nyon, Treffpunkt der Filmliebhaber

(jls) In der Westschweiz laufen die Vorbereitungen für zwei grosse Kinoanlässe. Das Internationale Filmfestival Freiburg (FIFF) findet vom 14. bis 21. März statt und zeigt rund hundert Filme, vorwiegend aus Asien, Afrika und Lateinamerika. Neben der offiziellen Auswahl organisiert das FIFF mehrere Panoramen, insbesondere über Indien und Nigeria, das mehr als 200 Filme pro Jahr produziert. Da auch Hollywoodfilme auf dem Programm stehen, geben sich dabei die drei grössten Filmindustrien der Welt ein Stelldichein. Das internationale Festival Visions du Réel findet vom 23. bis 29. April in Nyon statt. Eingeladen sind drei talentierte Persönlichkeiten, die daran sind, den Dokumentarfilm neu zu erfinden: Der kasachische Regisseur Sergej Dvortsevoi sowie das libanesische Filmduo Joana Hadjithomas und Khalil Joreige. Weiter werden u.a. auch das Werk der New Yorker Videokünstlerin Susan Mogul gezeigt, sowie der 20 Jahre zurückliegende Fall der Berliner Mauer thematisiert.

Internationales Filmfestival Freiburg, 14. bis 21. März; Informationen: www.fiff.ch. Visions du Réel, 23. bis 29. April; Informationen: www.visionsdureel.ch

Bilder, die die Welt bewegen

Alle zwei Jahre präsentiert die Fachstelle «Filme für eine Welt» an den Filmtagen Nord/Süd neue, speziell für Bildung und Unterricht ausgewählte Filme, die zu einer ganzheitlichen Perspektive anregen. Auf dem Programm stehen 13 thematisch vielfältige und aktualitätsbezogene Filme. Ein Schwerpunkt des Programms ist dem UNO-Jahr der Menschenrechtsbildung gewidmet: Die zwei Filme zum Thema handeln von den



Arbeitsbedingungen in einem multinationalen Konzern und von Sans-Papiers in der Schweiz. An beiden Abenden sind Kurzfilme zu entdecken, die sich gut als Ausgangspunkt für eine vertiefte Diskussion über die angesprochenen Themen eignen. Schliesslich stehen auch zwei Premieren auf dem Programm. «Das blaue Gold» thematisiert die zunehmenden Interessenkonflikte in der Gegend von Marrakesch (Marokko) angesichts des steigenden Wasserbedarfs, «Der Traum vom Hotel» erzählt von der Rückkehr eines Senegalesen, der in seiner Heimat den Traum vom eigenen Hotel realisieren will.

Filmtage Nord/Süd: 24./25.2. PH St. Gallen; 3./4.3. PH Zürich; 11./12.3. Romero Haus, Luzern; 17./18.3. im Museum der Kulturen, Basel; 24./25.3., PH Bern, Institut für Bildungsmedien; Ende Oktober in Thusis im Rahmen der Weltfilmtage
Weitere Informationen: www.filmeeinewelt.ch

Von Zulu-Liebe und Verrückten

Soeben ist eine Doppel-DVD mit den beiden südafrikanischen Spielfilmen «Zulu Love Letter» und «Fools» von Ramadan Suleman erschienen. Der eine



erzählt von Thandi, die als Journalistin zur Zeit des Apartheidregimes verhaftet wird. In der Haft bringt sie die behinderte Tochter Mangi zur Welt, die später unter der unbewältigten Vergangenheit ihrer Mutter leidet und sich so mehr ihrer Grossmutter zuwendet, die ihr die traditionelle Zulu-Kunst der Perlenstickerei beibringt.

Der zweite Film spielt in Charteston, einem Township im Osten von Johannesburg, Ende des Jahres 1989. Alle wissen, dass Lehrer Zamani eine seiner Schülerinnen vergewaltigt hat, dennoch verdrängen sie es, denn als Lehrer ist er eine Respektperson. Im Auftrag seines Schuldirektors verkauft er nun Eintrittskarten für das Fest, das am Nationalfeiertag zur Erinnerung des Sieges der Buren gegen die Zulu gefeiert wird. Und als Geschichtslehrer muss er seinen schwarzen Schülern beibringen, warum sie sich über dieses historische Ereignis – die Niederlage ihrer Vorfahren! – zu freuen hätten.

«Zulu Love Letters & Fools» ist als Doppel-DVD erschienen in der edition trigon-film. Bestellungen und Information: 056 430 12 30 oder www.trigon-film.org

Biopiraterie

Der Film «Das Geheimnis der Buschleute» begleitet einen der letzten traditionellen Heiler der Khomani San in die Kalahari Wüste in Südafrika. Hier wächst der Hoodia-Kaktus, dessen Extrakt den Appetit hemmt. Deshalb wittern die global arbeitenden Pharmaunternehmen gute Geschäfte. Die Frage nach dem Schutz von Artenvielfalt und Verfügungsgewalt über die Bioressourcen ist existenziell. Um Zustimmung wurden die Khomani San nie gefragt, und der Kampf für ihre Rechte gestaltet sich mehr als schwierig. Ein Film über den Schutz von

Service



Artenvielfalt und Verfügungsgewalt über die Bioressourcen, der am Amazonas Film Festival in Brasilien den Preis der Jury gewonnen hat.

Das Geheimnis der Buschleute (The Bushman's Secret) von Rehad Desai, Südafrika/Australien/Deutschland 2006. Dok., 63', DVD, Afrikaans-Englisch (OF), Sprachwahl: Deutsch, Französisch (teilw. untertitelt), ab 16 J.; Verleih und Verkauf:

Bildung und Entwicklung, Tel. 031 389 20 21, verkauf@globaleducation.ch

Weitere Informationen: Filme für eine Welt, Tel. 031 398 20 88, www.filmecineuwelt.ch

Spiritueller Höhenflug

(er) Der begnadete Klangzauberer liess musikalische Schranken hinter sich und seine Klanglandschaften breiten sich oft an Grenzen zwischen der Tonkunst traditioneller Volksmusik und den Schwingungen aktueller Elektronik aus. Der in Algerien geborene französische Komponist und Produzent Hector Zazou starb letzten Herbst. Posthum präsentiert er einen fürwahr meisterlichen Umgang mit Swara-Klängen, mit Bausteinen und Tonleitertönen der indischen Musik. Harmonisch schwebend

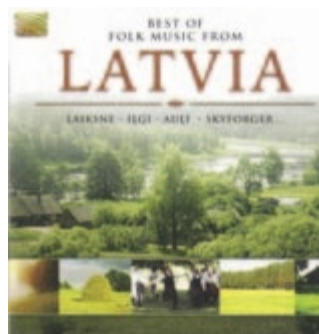


reflektieren sich da Töne von Oud, Violine, Laute, Slide-Gitarre und Flöte, die vier aussergewöhnliche Instrumentalisten aus Indien und Usbekistan in Mumbai einspielten. Dazu projizieren sich beflügelte wirkende Tonspuren des norwegischen Trompeters Nils Petter Molvaer, des spanischen Flötisten Carlos Nuñez und des ungarischen Geigers Zoltan Lantos. Mit subtilen Elektronik-Akzenten perfektionierte Hector Zazou diesen Klangteppich zu einem grossartigen, meditativen Spannungsfeld voller spiritueller Höhenflüge.

Hector Zazou & Swara: «In The House Of Mirrors» (Crammed-Indigo/Musikvertrieb)

Lebendige Liedkultur

(er) Dainas gehören zur kulturellen Identität und zum ethnischen Bewusstsein des lettischen Volkes; sie widerspiegeln dessen Seele. Diese überlieferte Liedform von kurzen, zumeist vierzeiligen Texten im zweisilbig fallenden Versfuss (Trochäus) bildet das literarische Rückgrat Latvias. In der verdichteten Poesie und Musik geht es um Alltägliches von der Wiege bis zur Bahre, um Mythos und Ritual oder den Jahreslauf. Diese Liedkultur ist überaus lebendig geblieben, wie es ein Who's Who lettischer Folkmusic mit einem sorgfältig zusammengestellten Album samt informativem Booklet dokumentiert. Zu hören sind fesselnd-tragende Frauenstimmen und auch kehlige Männerstimmen. Vorwiegend sind es aber die virtuosen, bisweilen rockig und jazzig angehauchten Reigen von Instrumenten wie Kokle (Zither-ähnlich), Flöte, Mandoline, Dudelsack, Akkordeon, Maultrommel sowie auch Gitarre, Keyboard und Perkussion, die



den Liedern eine unvergleichliche Patina verleihen – für mannigfaltige und eindruckliche Hörblicke.

Various: «Best Of Folk Music From Latvia» (ARC Music/Be-Bop)

Trendiger Kontrapunkt

(er) Hölzerne Perkussions-Beats treiben voran. Trompetenläufe setzen ab und an Mariachi-Akzente, und schwingende Klänge der Violine ziehen melodische Spuren oder zeichnen pumpende Tubatöne swingende Basslines. Das ist die musikalische Sprache der kubanischen Kultgruppe Madera Limpia. Darüber setzen die beiden im Mittelpunkt der Band stehenden Alltagspoeten, Rapper und Sänger Yasel González Rivera sowie Gerald Thomas Collymore, ihre spanischsprachigen Lyrics – voller sozialkritischem Biss und doch charmant mit einschmeichelnd kraftvoll-klarem Timbre vorgetragen. Dabei wechseln sie locker zwischen Rap, Reggae, Dancehall, Son und urigem Changui, den Klängen & Rhythmen aus der Provinz Guantánamo. In der gleichnamigen, neben dem



berüchtigten US-Militärgefangenenlager gelegenen Uni-Stadt ist dieser mitreissend tänzelnde Hiphop-Flow kreiert worden – ein trendiger Kontrapunkt zum eloquenten Buena Vista Social Club-Sound. *Madera Limpia: «La Corona» (out here rec-Indigo/Musikvertrieb)*

Schwarze Frau, helles Kind

(bf) Zakes Mda, der diesjährige Autor unserer Carte blanche (siehe Seite 29), führt in seinem Schlüsselwerk «Die Madonna von Excelsior» durch 30 Jahre südafrikanische Geschichte. Im Herzen der südafrikanischen Provinz Free State liegt das Burenstädtchen Excelsior. Strenge Rassentrennungsgesetze sichern die Vorherrschaft der weissen Minderheit. Kein Gesetz kann jedoch verhindern, dass einige Honoratioren die Lust am Verbotenen packt: Heimlich treffen sich der Bürgermeister, der Pfarrer, der Metzger, der Polizist mit jungen schwarzen Frauen in einer Scheune. Als die Frauen eine nach der anderen ein hellhäutiges Kind zur Welt bringen, fliegt die Sache auf und die verschlafene Kleinstadt gerät ins Scheinwerferlicht der Weltöffentlichkeit. Ein Vierteljahrhundert später ist das Apartheidregime Vergangenheit. Zakes Mda macht sich in Excelsior auf die Suche nach den Beteiligten und ihren Geheimnissen. Im Zentrum stand damals die junge Schwarze Niki mit ihren beiden Kindern, eines von einem schwarzen Vater, das andere von einem Weissen. Mda erzählt ihre Geschichte – es ist gleichzeitig die Geschichte seines Landes – fesselnd, farbig und versöhnlich. *«Die Madonna von Excelsior» von Zakes Mda, Unionsverlag 2005*

Kleinunternehmer fördern

(bf) Bis vor neun Jahren arbeitete Naoko Felder-Kuzu in führenden Positionen in der



Finanzmarktbranche. Dann hörte sie von den Möglichkeiten, Armut effizient mit professionellen Kleinkrediten zu bekämpfen. Sie war von der Idee so begeistert, dass sie ihren Job in der Bankenwelt aufgab und seither auf der ganzen Welt Fachvorträge über Mikrofinanzinvestitionen und Mikrofranchising hält und Stiftungen berät. Genau davon handelt nun auch ihr zweites Buch «Kleiner Einsatz, grosse Wirkung». Die in der Schweiz lebende Naoko Felder-Kuzu verarbeitet darin eigene Erfahrungen, beschreibt konkrete Beispiele und verbindet sie mit den neusten Trends. Dazu gehören unter anderem auch das Mikrofranchising, welches sich an Menschen richtet, welche vielleicht nicht eine eigene Geschäftsidee entwickeln und umsetzen, jedoch unternehmerische Fähigkeiten besitzen und ein bewährtes Geschäftsmodell übernehmen können. Neben den mit Fotos illustrierten

Fallbeispielen von innovativen Möglichkeiten der Kreditvergabe besticht das Buch durch seinen Überblick im Anhang, in dem nicht nur weiterführende Literatur sondern auch wertvolle Kontakte, Internet-Adressen und Organisationen vorgestellt werden.

«Kleiner Einsatz, grosse Wirkung» von Naoko Felder-Kuzu, Verlag Rüfner & Rub 2008.

Energie und Klima

(bf) Kann der Emissionshandel Treibhauseffekte positiv beeinflussen? Was ist Ressourcen-gerechtigkeit? Ist und bleibt eine Wende in der Produktion und Nutzung von Energie Utopie? Welches sind die globalen Folgen der Klimaerwärmung? Der neue «Widerspruch» stellt wie immer unbequeme Fragen, diesmal zum Thema «Energie und Klima». Und wie immer stellen renommierte Autorinnen und Autoren ausgesprochen inspirierende und fundierte



REX/af

Thesen und Antithesen in den Raum. Oder stellen spannende Beispiele vor, wie etwa Achim Brunnengraber, Kristina Dietz und Simon Wolf, welche Ecuadors Politik unter die Lupe nehmen, auf die Ausbeutung von Erdölreserven zu verzichten, wenn das Land dafür eine finanzielle Kompensation bekommt. Oder auch Rita Schäfer, welche über die Chancen und Grenzen nachhaltigen Wirtschaftens in Afrika schreibt – dies anhand der Frauen und wie sie die natürlichen Ressourcen nutzen.

«Widerspruch 54; Energie und Klima», im Buchhandel oder bei Widerspruch, Postfach, Zürich; Tel/Fax 044 273 03 02; www.widerspruch.ch

Duell der Titanen

(jls) Wer gewinnt das Wettrennen um Entwicklung und Wachstum, China oder Indien? In einem kürzlich erschienen Buch widmet sich Gilbert Etienne einer vergleichenden Analyse der beiden Riesen Asiens, die er seit den 1950er Jahren bereist, beobachtet und erforscht. Der Honorarprofessor am Hochschulinstitut für internationale Studien und Entwicklung in Genf (IHEID) analysiert die Entwicklung während der vergangenen fünfzig Jahre, den spektakulären wirtschaftlichen Aufschwung vor höchst unterschiedlichen gesellschaftlichen Hintergründen sowie künftige Herausforderungen. China und Indien

sind dafür verantwortlich, dass die Karten weltweit neu gemischt werden. Ihre Zukunft ist allerdings voller Fragezeichen. Sei dies bezüglich der politischen Situation in China, der Umweltprobleme, der Unzulänglichkeiten in der Landwirtschaft, der schwachen Infrastrukturen in Indien, der sozialen Ungerechtigkeit oder der Korruption.

«Chine-Inde. La Grande compétition» von Gilbert Etienne; Editions Dunod, Paris, 2007

EDA-Spezialisten kommen zu Ihnen

Möchten Sie sich aus erster Hand über die schweizerische Aussenpolitik informieren? Referentinnen und Referenten des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) stehen Schulklassen, Verbänden und Institutionen für Vorträge und Diskussionen zu zahlreichen aussenpolitischen Themen zur Verfügung. Der Vortragsdienst ist kostenlos, kann seine Dienstleistungen jedoch nur innerhalb der Schweiz anbieten, und es sollten mindestens 30 Personen an der Veranstaltung teilnehmen.

Weitere Informationen: Vortragservice EDA, Informationsdienst, Bundeshaus West, 3003 Bern; Tel. 031 322 31 53 oder 031 322 35 80; Fax 031 324 90 47/48; E-Mail: info@eda.admin.ch

Verschiedenes

Impressum

«Eine Welt» erscheint viermal jährlich in deutscher, französischer und italienischer Sprache.

Herausgeberin

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA)

Redaktionskomitee

Martin Dahinden (verantwortlich)
Catherine Vuffray (vuc - Gesamtkoordination)
Beat Felber (bf)

Redaktion

Beat Felber (bf – Produktion)
Gabriela Neuhaus (gn) Maria Roselli (mr)
Jane-Lise Schneeberger (jls)
Ernst Rieben (er)

Gestaltung

Laurent Cocchi, Lausanne

Lithografie und Druck

Derendingen

Wiedergabe

Der Nachdruck von Artikeln ist, nach Bewilligung durch die Redaktion, unter Quellenangabe gestattet. Belegexemplare erwünscht.

Abonnemente

«Eine Welt» ist gratis (nur in der Schweiz) erhältlich bei: EDA, Informationsdienst, Bundeshaus West, 3003 Bern
E-Mail: info@deza.admin.ch
Tel. 031 322 44 12
Fax 031 324 90 47
Internet: www.deza.admin.ch

860192226

Der Umwelt zuliebe gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Gesamtauflage 53 000

Umschlag Kalkutta, Indien;
G.M.B. Akash/Panos/Strates

ISSN 1661-1667

In der nächsten Nummer:

Westafrika verfügt über ein riesiges Potenzial: Die Bevölkerungen kennen sich seit langem, sind seit je mobil und betreiben grenzüberschreitend Handel. In letzter Zeit hat sich die Region sachte stabilisiert. Dennoch bestehen riesige Herausforderungen, insbesondere bezüglich ländlicher Entwicklung und Arbeitslosigkeit.



Paule Seux/Hemis/Infaf